Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Ohlauerstr. 1/3, und durch Postboten zu beziehen. Preis vierteljährlich in Br. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, im Orte Post Mk. 2.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Garmondzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige, Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 41. Dienstag, den 18. Februar 1908. 19. Jahrgang.

Der Wohlstand in Preußen.

Nach den Redereien und Schreibereien der sich „national“ nennenden Politiker und Zeitungen müssen schlecht unterrichtete und gutgläubige Menschen zu der Annahme gelangen, daß das preußisch-deutsche Volk keinerlei Ursache zum Klagen hat. Da auch der König von Preußen einmal gesagt hat, daß für den deutschen Arbeiter bis ans Lebensende gesorgt sei, ist es nicht verwunderlich, wenn alle „Patrioten“ beschwören, daß es einen Notstand bei uns gar nicht gibt. Bekanntlich gehen nun die Anschauungen über den Begriff „Notstand“ sehr weit auseinander. Solange der Arbeiter sich und seiner Familie mit Kartoffeln den Magen einigermaßen füllen kann, und solange die Lungen- und Körperkraft ausreichen, um die „Wacht am Rhein“ oder das noch schönere „Heil Dir im Siegerkranz“ singen zu können, so lange kann für den echten Patrioten gewiß keine Rede sein von einem Notstand. Wir und viele mit uns sind freilich anderer Anschauung. Wir erblicken in der Tatsache, daß in Preußen nahezu 33 Millionen Seelen zu solchen Familien gehören, die ein Einkommen von weniger als 3000 Mark haben, einen sehr beklagenswerten Zustand. Von diesen 33 Millionen vegetieren wiederum nahezu 19 Millionen von Einkommen, die sich auf weniger, teils viel weniger als 900 Mark stellen.

Wir wollen speziellere Angaben machen, und zwar auf Grund einer Denkschrift, die dem preußischen Abgeordnetenhause zugegangen ist über die Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1907.

Es sind ermittelt worden für Familieneinkommen

von weniger als	900	Mk.	18,845,470	Seelen
„	900—3000	„	14,836,022	„
„	3000—6500	„	1,269,765	„
„	6500—9500	„	232,698	„
„	9500—30500	„	249,886	„
„	30500—100000	„	53,184	„
über	100000	„	11,058	„

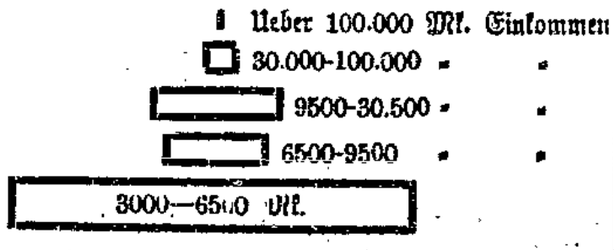
Es handelt sich in Preußen um eine Bevölkerung von 37,467,246 Seelen. Hiervon leben also beinahe 19 Millionen Seelen unter Verhältnissen, in denen das jährliche Einkommen der Familie unter 900 Mark bleibt. Dieser Teil der preußischen Bevölkerung ist in der verzweifelt „glücklichen“ Lage, keine direkten Staatssteuern aufbringen zu müssen, weil das Einkommen dazu zu gering ist!

Die Hälfte der Bevölkerung Preußens ist mithin so unbemittelt, oder sagen wir lieber mit der bürgerlich-demokratischen „Berliner Volksztg.“ so arm, daß man getrost sagen darf: dieser Teil ist so ziemlich von allem ausgeschlossen, was das Leben lebenswert macht und was die Kultur zur Verschönerung des Daseins bietet.

Früher gab es noch Steuerstufen von 420 und 660 Mk. Würden diese jetzt noch aufgeführt, man würde erstaunen, wahrzunehmen, wie von den „Steuerfreien“ die große Mehrzahl noch in den unteren Regionen der Einkommensätze unter 900 Mk. lebt, oder besser gesagt vegetiert. Denn von etwas anderem als vom Vegetieren kann man unter solchen Verhältnissen selbstverständlich nicht reden.

Die Einkommen von 900—3000 Mk. sind nun selbstverständlich wieder so verteilt, daß in den unteren Stufen die geringeren Einkommen weit zahlreicher sind, als in den oberen Stufen bis 3000 Mk., was daraus hervorgeht, daß das tatsächliche Durchschnittseinkommen nicht, wie bei gleicher Abstufung anzunehmen wäre, 1950 Mk., sondern noch nicht 1350 Mk. beträgt, ein Beweis, daß die Schicht dieser Einkommen nach unten sehr viel breiter ist als nach oben. Einkommen von 1350 Mk. aufwärts bis zu 2000 Mk. sind, so schreibt die schon erwähnte „Berliner Volksztg.“ ungefähr so, daß unter den heutigen Verhältnissen, namentlich in den Städten, schon eine große Kunst dazu gehört, mit dieser Summe auch nur bei bescheidenen Lebensansprüchen eine Familie durchzusteuern, ohne daß Sorge und Not von der Schwelle des Hauses ferngehalten werden können. Selbst die Einkommmen von 2000 bis 3000 Mk. bedeuten, vorzugsweise wieder in den Städten, wenn auch ein leidliches, so doch noch lange kein Einkommen, mit dem man große Sprünge machen kann.

Gegenüber den vielen Millionen mit den bescheidenen Einkommen verschwinden diejenigen mit den großen und größten Einkommen. Das tritt am drastischsten in die Erscheinung bei bildlicher Darstellung. Eine solche geben wir hier zu Nutz und Frommen unserer Leser:



Weniger als 900 Mk. Einkommen

Ganz ähnlich würde das Bild aussehen, wenn wir statt der Zahl der bei den Familien-Einkommen in Betracht zu ziehenden Seelen die Zahl der Steuerpflichtigen darstellen wollten. Es betrug im Jahre 1907 die Zahl der Steuerpflichtigen mit Einkommen

über	100,000	Mk.:	3,561
von über	30,500—100,000	„	17,109
„ „	9,500— 30,000	„	76,630
„ „	6,500— 9,500	„	72,815
„ „	3,000— 6,500	„	386 376
„ „	900— 3,000	„	3,825,065

Das verschwindende Häuflein der Reichen und Reichsten beherrscht die ungeheure Masse der wenig Bemittelten und Armen vollkommen. In Staat und Gemeinde müssen die Massen tanzen wie die paar Reichen pfeifen. Das ist ein unwürdiger Zustand. Er könnte bis zu einem gewissen Grade selbst unter den jetzigen schlechten Gesetzesvorschriften zu Gunsten der geringer Bemittelten korrigiert werden, wenn diese wenigstens sich einig wären.

Leider aber ist die politische Schulung der großen Massen namentlich der Mittelschichten unseres Volkes so gering, daß das kleine Häuflein der Großen, die sich einig sind, nahezu unbeschränkt weiter schalten und walten kann. Am deutlichsten tritt das in die Erscheinung bei der Zusammensetzung und den Arbeiten des preußischen Landtags und der Stadtverwaltungen. Deshalb gilt es hier den Kampf zu führen und das Jahr 1908 wird uns dazu noch manche Aufgabe stellen.

Politische Uebersicht.

Fortschrittlicher Arbeitertag. Am 23. Februar soll in Essen ein fortschrittlicher Arbeitertag für Rheinland-Westfalen abgehalten werden. Einberufer ist der „liberal-demokratische“ Arbeiterausschuß in Düsseldorf. Es ist, wie Genosse Hue in den „Sozialistischen Monatsheften“ darlegt, zu hoffen, daß auf dieser Tagung die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler einmal energisch gegen die Freisinnsdiplomaten auftreten werden. Wir begrüßen jede solche Regung mit Freuden. Die preußische Wahlrechts-

Jack.

Roman von Alphonse Daudet.
Einzig autorisierte Uebersetzung.

63] (Nachdruck verboten.)

Sie schüttelten sich die Hände, und der Hausierer ging gebückt, kreuzlahm, leidend von dannen und hob im Gehen seine Füße wie ein einäugiges Pferd. Jack folgte ihm mit zärtlichem Blicke, gleich als ob er die Straße von Cordeil sich mit ihrer waldigen Einfassung ganz weiß unter den ermüdeten Schritten dieses hausierenden ewigen Juden erstrecken sähe.

Als der Lehrling zurückkam, erwartete ihn Frau Roudic kleidebleich hinter der Tür.

„Jack“, sagte sie mit leiser Stimme und zitternden Lippen, „was hat Dir der Mensch gesagt?“

Er erwiderte, daß sie sich in Ettolles gekannt, und daß sie von seinen Eltern geplaudert hätten.

Sie seufzte erleichtert auf. Aber während des ganzen Abends war sie noch träumerischer, noch tiefer auf ihren Stuhl gebeugt, noch abgespannter als gewöhnlich. Es schien als ob die Schwere ihrer blonden Haare noch um das Gewicht entsetzlicher Gewissensbisse zugenommen hätte.

III.

Die Maschinen.

„Schloß Erlenhäuschen bei Ettolles.

Ich bin nicht zufrieden mit Dir, mein liebes Kind. Herr Roudic hat soeben Deinetwegen einen langen Brief an seinen Bruder geschrieben, und wiewohl er Deiner Anmut, Artigkeit und guten Erziehung das höchste Lob zollt, erklärt er doch, daß Du in dem Zeitraum von mehr als einem Jahr, seit Du in Andret bist, nicht den geringsten Fortschritt gemacht hast und ihm für das Eisenhandwerk entschieden nicht geeignet erscheinst. Du kannst Dir denken, wie uns das betrübt hat. Wenn Du mit all den guten Fähigkeiten, welche diese Herren an Dir konstatiert hatten, nicht besser vorwärts kommst, so liegt es daran, daß Du nicht arbeitest, und dieser böse Wille überrascht und bekümmert uns.

Unsere Freunde sind darüber sehr ärgerlich, und ich muß zu meinem Gram alle Tage in den schmerzlichsten Ausdrücken von meinem Kinde reden hören. Herr Roudic schreibt in seinem Briefe auch, daß Dir die Luft der Werkstatt nicht gut bekomme, daß Du viel hustest, daß Du zum Erbarmen bleich und mager bist, und daß man sich förmlich scheue, Dir eine Arbeit zu geben, so sehr rinne Dir bei der geringsten Anstrengung der Schweiß von der Stirn. In der Tat, ich verstehe diese Schwäche nicht bei einem Wesen, das alle einstimmig so kräftig fanden. Zwar gehe ich nicht so weit wie die anderen, hierin nur eine große Trägheit zu finden, und das allen Kindern gemeinsame Bedürfnis, sich bedauern zu lassen. Ich kenne meinen Jack und weiß, daß er keines Betruges fähig ist. Ich glaube nur, daß er etwas unvorsichtig sei, daß er Abends ausgehe, ohne sich warm anzuziehen, daß er sein Fenster zu schließen vergesse, oder das seidene Halstuch nicht umbinde, welches ich ihm gesandt. Das ist sehr unrecht von Dir, mein Kind. Man muß vor allem für seine Gesundheit sorgen. Bedenke, daß Du alle Deine Kraft nötig hast, um Dein Werk zu Ende zu bringen. Befinde Dich gut, und Du wirst gut arbeiten.

Ich gebe zu, daß Deine Arbeit nicht immer sehr bequem sein mag, und daß es angenehmer wäre, mit dem Waldhüter das Gehölz zu durchschweifen; aber Du erinnerst Dich, was Herr d'Argenton Dir sagte: „Das Leben ist kein Roman“. Er weiß davon zu sagen, der arme, teure Freund, denn das Leben zeigt sich sehr hart gegen ihn, und sein Handwerk ist noch weit schrecklicher als das Deine.

Wenn Du wüßtest, mit wie gemeinen Eifersüchteleien, mit wie heimtückischen Verschwörungen dieser große Dichter im Streit liegt. Man fürchtet sein Genie, man will es hindern, sich zu zeigen. Rate, was sie ihm vor einiger Zeit im Theatre Francais zugefügt haben. Sie haben ein Stück angenommen, welches vollständig seine „Tochter des Faust“ ist, wovon Du uns sicherlich hast sprechen hören. Natürlich ist es nicht sein Stück, das man ihm entwendet hat, da es noch nicht geschrieben ist, aber seine Idee, sein Titel.

Unser Freund war über diese neue Enttäuschung sehr aufgebracht. Er hatte von dem Augenblick an täglich drei Anfälle. Ich muß gestehen, daß sich Herr Hirsch bei all' dem mit bewundernswerter Hingabe benommen; und es war ein großes Glück, daß wir ihn bei uns hatten, denn Herr Rivals schmollt noch beständig mit uns. Denke Dir, er ist nicht ein einzig Mal gekommen, um sich nach unserem armen Kranken zu erkundigen. Bei dieser Gelegenheit muß ich Dir Eins sagen, mein liebes Kind: wir haben gehört, daß Du in lebhaftem Briefwechsel mit dem Doktor und der kleinen Cäcilie standest, und ich muß Dir mitteilen, daß Herr d'Argenton das nicht sehr gern sieht. Herr Rivals mag ein ausgezeichneter Mann sein, aber er ist ein zu konservativer Gewohnheitsmensch, der sich nicht scheute, Dich selbst in unserem Beisein von dem, was offenbar Dein Beruf, abzulenken. Und dann, mein Kind, muß man, siehst Du, im allgemeinen nur Beziehungen zu Leuten seines Schlages, seines Gewerbes haben, und so viel wie möglich in seiner Sphäre bleiben. Sonst läuft man Gefahr, den Mut zu verlieren und sich zu allen möglichen eingebildeten Bestrebungen verleiten zu lassen, welche die erniedrigten Existenzen herbeiführen.

Betreffs Deiner Freundschaft zur kleinen Cäcilie, so findet Herr d'Argenton noch, und ich bin ganz seiner Meinung, daß das eine jener Kindereien ist, die nur einige Zeit bestehen dürfen; sonst versperren sie uns das Leben, verweichlichen uns, lenken uns von jedem wahren und geraden Wege ab. Du wirst also gut tun, Beziehungen abzubrechen, welche Dir nur nachteilig sein konnten, und welche vielleicht der seltsamen Erkaltung nicht fremd sind, die Du gegen eine mit völlig freiem Willen und mit viel Eifer unternommene Laufbahn bekundest. Du wirst hoffentlich einsehen, mein teures Kind, daß ich nur zu Deinem Vorteil so spreche. Denke, daß Du bald fünfzehn Jahre wirst, und daß Du ein tüchtiges Gewerbe in Händen, eine offene Zukunft vor Dir hast, und lasse Die nicht Recht gewinnen, welche vorhergesagt, daß aus Dir nichts Tüchtiges werden würde.

Deine Dich liebende Mutter

Charlotte.

Postskriptum. — 10 Uhr Abends. —

Mein Teuerster, die Herren gehen soeben nach oben. Ich benutze das, um meinem Briefe ein flüchtiges Guten Abend hinzuzufügen, wie ich es Dir sagen würde, wenn Du hier in meiner Nähe wärest. Verliere nicht den Mut, mein Jack, sei vor allem nicht eigensinnig. Du kennst ihn ja. Er ist sehr gut, aber unerbittlich. Er hat beschlossen, daß Du Arbeiter werden sollst, und deshalb mußt Du es werden. All' Deine Einwendungen würden nichts nützen. Darüber hat er seine fixe Idee. Ist sie richtig? Ich weiß es nicht mehr. Der Kopf schwirrt mir schließlich von allem, was ich hier höre. Nur Eins ist sicher: Du darfst nicht krank werden. Ich bitte Dich, mein Jack, sorge gut für Dich. Zieh Dich Abends warm an, wenn Du ausgehst. Es muß feucht sein auf jener Insel. Hüte Dich vor dem Nebel. Und dann schreibe mir unter Archambaulds Adresse, wenn Du etwas brauchst. Hast Du noch von der Schokolade, um Morgens beim Erwachen davon zu naschen? Dafür, für Deine kleinen Vorräte, lege ich monatlich eine kleine Summe von meinem Toilettengelde bei Seite. Stelle Dir vor, daß Du mich sparsam gemacht hast. Vor allem arbeite. Bedenke, daß ein Tag kommen wird, der vielleicht nicht mehr fern ist, da Deine Mutter nur Deinen Arm als Stütze haben wird.

Wenn Du wüßtest, wie traurig ich oft bei dem Gedanken an die Zukunft bin! Abgesehen davon, daß das Leben hier, besonders seit jenem letzten Vorfall, nicht sehr heiter ist. Ich bin nicht alle Tage glücklich. Aber Du kennst mich, der Kummer hält nicht lange an. Ich weine und lache in derselben Minute, ohne zu wissen, weshalb. Auch hätte ich sehr unrecht, mich zu beklagen. Er ist nervös wie alle Künstler; aber man kann sich nicht vorstellen, welch' Edelmut, welche Größe auf dem Grunde dieser Natur ruht. Lebe wohl, mein Teuerster. Ich schließe den Brief, welchen Mutter Archambauld bei ihrem Fortgehen auf die Post bringen soll. Ich fürchte sehr, daß wir diese brave Frau nicht mehr lange behalten werden. Herr d'Argenton ist mißtrauisch gegen sie. Er glaubt sie von seinen Feinden bestochen, um ihm die Stoffe seiner Bücher und Stücke zu stehlen. Das scheint auch am Tage zu liegen. Ich umarme und liebe Dich, mein beißgeliebter Jack, mit allem kleinen Kunst sind Kräfte für Dich.“ (Fortsetzung folgt.)

frage ist — das muß immer wieder betont werden — kein sozialdemokratisches Problem; die Erringung des Reichstagswahlrechts für Preußen ist eine Aufgabe, die allen Nichtbesitzenden in gleicher Weise am Herzen liegen muß. Dringt diese Erkenntnis in die Köpfe der Arbeiterscharen, die noch mit dem Freisinn oder mit dem Zentrum stimmen, so müssen auch diese Parteien ernsthaft in den Kampf eintreten, wollen sie nicht ihre Existenz auf das Spiel setzen. Darum heißt es Aufklärung hierüber bei den Arbeitsgenossen schaffen; alle anderen politischen Fragen müssen hinter dieser augenblicklich wichtigsten zur Zeit zurücktreten.

Ach, es ist nun schon der zwölfte, der Herrn Bülow auf seiner Suche nach einem Reichsschatzmeister glatt abfallen ließ. Keiner will den gefährlichen Posten in der Reichspumpstation übernehmen. So will wenigstens die „Mil. pol." Korrespondenz" wissen, die weiter mitteilt, daß schon für den 1. April mit einer neuen Reichsanleihe von 65 Millionen zu rechnen sei.

Stengel ist nur mehr zum Schein im Amte. Die faktische wie die formelle Verantwortung für diese ungeheuerliche Wirtschaft trägt Bülow.

Die Bülow'sche Wahlfreiheit. Aus Berlin wird uns geschrieben: Der Reichstag beriet am Sonnabend den Postetat weiter. Es ist anzuerkennen, daß der freisinnige Arzt Dr. Struve, ein Mitglied der noch nicht ganz verwiemerten Vereinigung, scharfe Worte über die unerhörte Maßregelung des Dr. Schellenberg in Wiesbaden fand. Selbst der Keimfromme Eickhoff rügte, daß der Postpapst den Schwatz einer Kellnerin und die in freisinnigen Zwischenrufen gebührend gekennzeichnete Denunziation eines emeritierten Postrats zu einer Haupt- und Staatsaktion benutzt hat. Nur der mecklenburgische Junker Treuenfels hatte die Stirn, die Maßregelung zu bejubeln. (Staatssekretär Krätke bestritt übrigens fortgesetzt, daß eine Maßregelung vorliege. Das brausende Gelächter der Linken und des Zentrums mochte ihm zeigen, wie viel Glauben seine mit kläglichem Ungeschick zusammengefügten Verlegenheitssätze fanden. Ein pikantistisches Gegenstück aus dem Osten zum Falle Schellenberg trug der Pole Kulerski vor. Erwähnt sei noch, daß Herr Eickhoff zwar für Gesamtverbände der Beamten, aber gegen ein unumschränktes Koalitionsrecht derselben eintrat. Am Montag geht die Beratung weiter.

Weichende Getreidepreise. Die über alle Erwartungen starke Weizenausfuhr Nordamerikas und Argentiniens hat auf den deutschen Märkten seit dem Beginn dieses Jahres einen stetigen Preisdruck ausgeübt. Das umfangreiche nord- und südamerikanische Angebot allein hätte die Wirkung in dem bisherigen Umfange nicht ausüben können, wenn nicht zugleich unter der Herrschaft der kaum jemals erreichten Wucherpreise und unter dem Einfluß der Krise der Konsum an Brotgetreide einen scharfen Rückgang erfahren hätte. Am 2. Januar notierte an der Berliner Börse Maiweizen 227.50 Mk., Mairoggen 216 Mk., am 14. Februar stellte sich die Notierung für Maiweizen auf 208.75 Mk., für Mairoggen auf 201 Mk. Das Maß von Auswucherung, dem das deutsche Volk unterworfen ist, läßt sich zahlenmäßig erkennen, wenn man in Betracht zieht, daß auch die jetzt geltenden Brotgetreidepreise, und zwar für Weizen um 26 Mk., für Roggen sogar um 35.50 Mk. höher sind als Ende Dezember des Jahres 1906, obwohl Weizen von seinem Höchststande in der diesjährigen Saison schon um 30 Mk., Roggen um ca. 15 Mk. nachgegeben hat. Die Differenz zwischen den Weizen- und Roggenpreisen ist auffällig gering. Roggen vermochte sich auf dem Höchststand widerstandsfähiger zu behaupten, da das Roggenangebot verhältnismäßig klein blieb; der sinkende Weizenpreis allein bewirkte einen Nachlaß für Roggen, mehrfach wurde berichtet, daß statt des teuren und dabei qualitativ schlechten Roggens Weizenmehl verbacken wurde. Wahrscheinlich ist, daß die Landwirte zur „Festigung des Marktes" Roggen noch in großen Mengen zurückgehalten haben.

Ein nettes Früchtchen freisinnig-antisemitischer Paarung veröffentlicht der „Reichsbote", das Organ der Herren Schwartzkopff und Holle. Einen Artikel, der zur Rechtfertigung des Vorgehens dieser beiden Herren gegen die Volksbildungsgesellschaft rechtfertigen soll, beginnt mit diesen Worten:

Das zersetzende Judentum war nicht bloß im alten Rom ein staatsgefährliches Element, wie Mommsen in seiner römischen Geschichte beweist; es hat die Bedeutung auch weiterhin behalten; in allen Revolutionen aller Völker hat es eine große führende Rolle gespielt. So noch zuletzt in Rußland. Auch in der deutschen revolutionären Sozialdemokratie spielen die Juden die Hauptrolle, von Lassalle und Marx bis auf Singer, Bernstein, Stadthagen und viele andere. Auch in dem als Vorfrucht für die Sozialdemokratie arbeitenden demokratischen Freisinn spielt das Judentum die führende Rolle.

Das stimmt zwar nicht ganz — denn zu den Führern der demokratischen Opposition im Freisinn gehört weder Mugdan, noch Gassel noch Rosenow — aber es ist wenigstens schön gesagt und würdig eines Blattes, das den leitenden Männern des preußischen „Volksbildungswesens" als offiziöses Organ dient.

Die Vergewaltigung der Polen. Die Ostmarkenkommission des Herrenhauses nahm definitiv in der zweiten Lesung mit 14 gegen 11 Stimmen die Ostmarkenvorlage nach ihren Beschlüssen in erster Lesung an; sie lautet bekanntlich wie folgt:

§ 13. Dem Siedler wird das Recht verliehen, zur Sicherung seiner geschlossenen Deutschtums Grundstücke im Wege der Enteignung zu erwerben.

Ferner wird § 13a eingeschaltet, nach welchem von der Enteignung ausgeschlossen sind: Gebäude, Grundstücke, soweit sie Eigentum der Kirchen, Religionsgesellschaften und milder Stiftungen sind, ferner Grundstücke, welche zu einem nicht als zehn Hufen bestimmten Familienfideikommiß gehören, ferner Grundstücke, welchen dem Eigentümer das Eigentumsrecht daran seit nicht als zehn Jahren zufolge oder durch Ueberlassungsvertrag von den Eltern oder Ehegatten übertragen war, endlich Grundstücke, welche der Eigentümer von dem Vorenteigentümer als dessen Ehegatte oder als dessen Erbe erster und zweiter Ordnung im Sinne der §§ 1924 und 1925 des B. G.-B. kraft eines Testaments oder gesetzlicher Erbfolge erwarb.

Ferner wurde eine Resolution angenommen, die Staatsregierung zu ersuchen, baldmöglichst eine organische Reorganisation der Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen in die Wege zu leiten und hierbei den Einfluß der beteiligten Oberpräsidenten zu verstärken, sowie die Mitwirkung der Organe der Selbstverwaltung herzustellen. Der in § 1 der Staatsregierung zur Verfügung gestellte Fonds wird um 200 Millionen erhöht, wovon 75 Millionen zur Umwandlung von Gütern in Ansiedlungs-Rentengüter und zur Förderung der Seßhaftmachung von Arbeitern auf dem Lande zu verwenden sind.

Der preußisch-protestantische Index. Der Vorstand der Gesellschaft für Volksbildung will ein Schreiben an den Kultusminister richten, in dem Herr Holle um Angabe derjenigen Bücher ersucht werden wird, die ihm als „staatsgefährlich" erscheinen. Bisher ist dem Vorstand wenigstens offiziell überhaupt noch nicht bekannt gegeben, um welche Bücher es sich eigentlich handelt. Die bisher genannten Bücher sind nur in der orthodoxen Presse und in den Kreisblättern als höchst verderblich denunziert worden. — Es wird sich nun zeigen müssen, was Herr Schwartzkopff, der Vorsitzende eines christlichen Zeitschriftenvereins, Herrn Holles rechte Hand, für ketzerisch, staats- und glaubensgefährlich hält. Das wird ein in seiner Art kulturhistorisch merkwürdiger Index werden. Der preußische Index! Ein hübsches Gegenstück zum päpstlichen Index, über den man im Kulturstaat Preußen so oft gespottet hat!

Schwartzkopff, der Ministerialdirektor, an dessen Draht Herr Holle tanzt, wird vom „Berl. Tageblatt" so abgezeichnet:

Ehrenvorsitzender des „Christlichen Zeitschriften-Vereins" ist Herr Ministerialdirektor Schwartzkopff; aber er ist zugleich auch spiritus rector des Vereins. Alle Maßnahmen des Christlichen Zeitschriften-Vereins gegen die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung erfreuen sich seiner Zustimmung, soweit sie nicht von ihm ausgehen. Unser Gewährsmann ist bereit, diese seine Behauptung und die weitere zu beweisen, daß Herr Schwartzkopff nicht bloß den „Christlichen Zeitschriften-Verein", sondern auch den „Reichsboten" benutzt, um persönliche Bildungsbestrebungen zu bekämpfen.

Demnach wäre also der „Reichsbote", das dümmste und schwärzeste Blatt Europas, hinter dem man sonst nur die Unterröcke einiger hofbediensteten Beischwestern vermutet, das Organ, dessen sich der eigentliche Leiter des Volksbildungswesens in Preußen zu seinen Veröffentlichungen bedient.

Eine geradezu unglaubliche Wirtschaft mit dem Gelde der Steuerzahler besteht bei den Bauten, die in Kiautschau ausgeführt werden. Trotzdem eine ganze Anzahl Baumeister und Techniker mit hohen Gehältern angestellt sind, werden bei Ausgaben für Bauarbeiten bis 50 Prozent und darüber für Bauleitung berechnet. Eine Baurechnung in Höhe von 52,000 Mark sieht 20,000 Mark für Bauleitung. Bei anderem Anschlag in Höhe von 48,000 Mark sind 27,000 Mark Bauaufsicht berechnet. Die Schuld daran soll an den chinesischen Arbeitern aus Schonung liegen, die angeblich sehr unbeholfen sind und bei vielen Handgriffen der Anweisung bedürfen, wo europäische Arbeiter selbständig arbeiten. Von der Summe von 850,000 Mark, die für Bauarbeiten gefordert wurde, strich die Budget-Kommission des Reichstags trotzdem 150,000 Mark.

Trotzdem die Beziehungen zu den Chinesen angeblich durchaus gute sind, sollen für Anwerbungszwecke 1908 noch eine Million Mark ausgegeben werden. Weitere Anforderungen für Befestigungszwecke sind vorgesehen.

Reise- und Umzugskosten für Beamten und Soldaten werden für 1908 allein 1,202,000 Mark, 250,000 Mark mehr als im Vorjahre gefordert. Für den alljährlichen Ablösungstransport der Soldaten sind 1907 allein 815,500 Mark bezahlt worden. Von der geforderten Summe für Hafenbauten in Höhe von 1,100,000 Mark wurden 100,000 Mark abgestrichen.

Christliche Raufbolde. Das Schöffengericht in Weiden (Oberpfalz) verurteilte den christlichen Arbeitersekretär Salomon zu drei Wochen Gefängnis. Er hatte im Verein mit andern Christen „einen Roten" in barbarischer Weise mißhandelt, so daß dieser blutüberströmt nach Hause getragen werden mußte. — Der Amtsanwalt hatte vier Monate Gefängnis beantragt; doch davon liest man in der staatstreuen Presse nichts.

Ein Sünder gegen die „Majestät". Die Strafkammer in Mülheim verurteilte den Redakteur des politischen Witzblattes Fidibri, Rütsch, wegen Majestätsbeleidigung und Verbreitung unsittlicher Schriften zu zehn Monaten Gefängnis.

Beschränkung der Kinderzahl verstößt gegen die guten Sitten? Auf die Klage eines Landwirts B. gegen eine reiche Bauerstochter wegen angeblich grundloser Lösung des mit dem Kläger eingegangenen Verlöbnisses, in welcher Kläger 6000 Mark Schadenersatz infolge der von ihm getroffenen Einrichtungen in Beziehung auf seine Person forderte, hatten das Landgericht Deggendorf und das Oberlandesgericht München auf Abweisung des Klägers entschieden. Die Entscheidung des Oberlandesgerichts beruht auf der Feststellung, daß die Verlobten eine Beschränkung der Kinderzahl in der Ehe verabredet hätten und daß ein mit einer derartigen Abrede zustande gekommenes Verlöbnis gegen die guten Sitten verstoße und deshalb als nicht zustande gekommen anzusehen sei.

Auf die Revision des Klägers hin wurde dieses Urteil vom 4. Zivilsenat des Reichsgerichts aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen. Es sei zwar richtig, so führt der erkennende Senat unter anderem aus, daß auch das Rechtsgeschäft des Verlöbnisses, wenn es von vornherein mit dem Makel der Unsittlichkeit behaftet sei, als nichtig anzusehen sei. Wenn das Verlöbnis aber, wie das Oberlandesgericht als möglich angenommen habe, zunächst gültig und in Uebereinstimmung mit den guten Sitten zustande gekommen sei, so bedürfe es der näheren Begründung, weshalb eine spätere, gegen die guten Sitten verstoßende und deshalb von vornherein unwirksame Abrede die Kraft gehabt habe, das ganze Verlöbnis auf eine neue Grundlage zu stellen.

Juristisch ganz hervorragend, für den gesunden Menschenverstand schon weniger begreiflich.

Durch den Tod des württembergischen Landtags-Abgeordneten Mayer ist einer der sechs Landtagssitze in Stuttgart frei geworden. Mayer ist, wie alle Abgeordneten der Stadt Stuttgart, auf Grund der durch die Verfassungsreform eingeführten Verhältniswahl gewählt worden. Zum erstenmal tritt nun die Bestimmung in Kraft, daß derjenige Vertreter des Parteivorschlags nachrückt, der unter den Nichtgewählten die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt hat. Es ist das der Gewerkschaftssekretär Genosse Reichel. Eine Neuwahl hat also nicht stattzufinden.

Senatspräsident Bernhard Fritsch ist am Sonnabend in Berlin gestorben. Fritsch war ein ungemein fleißiger Schriftsteller, der lebhaft und mit guten Gründen die Härten der preußischen Einkommensteuer gegen die unteren Steuerzahlerklassen bekämpfte, für deren möglichste Entlastung er eintrat. Als ein Mann, der sich nicht scheute, auf dem Gebiete seines Spezialfachs auch „höhermorsch" gehegten Anschauungen entgegenzutreten, war er innerhalb der preußischen Bureaukratie eine ungewöhnliche Erscheinung.

Eulenburg-Harden. Im Auftrage des Fürsten Eulenburg hat die Staatsanwaltschaft bei Harden angefragt, ob es wäre sei, daß er behauptet habe, Eulenburg stehe auf der Vätherrallenliste des Polizeipräsidiums und habe wider besseres Wissen erklärt, daß der Kriminalkommissar Frh. v. Berger diese sein Leben erhalte. Harden hat darauf geantwortet, daß er die erste Behauptung überhaupt nicht, die zweite wenigstens nicht in öffentlicher Verhandlung aufgestellt habe.

(Eine agrarische Bitte an Sozialdemokraten. Eine agrarische Bitte an Nichtagrarier veröffentlicht der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Freiherr v. Wangenheim. Die Nichtagrarier mögen der Moor- und Heidekultur, deren Erfolge in einer Ausstellung zu Berlin dargestellt werden sollen, ihr Interesse zuwenden. Wangenheim schreibt unter anderem:

Noch harren hunderte von Quadratmeilen deutscher Moor- und Heidekultur, sie bieten tausenden von deutschen Familien lohnenden Erwerb, ein gesichertes Heim im Vaterlande; leider interessiert man sich in Deutschland auch heute noch weit mehr für die Erschließung und Kultur fremder Länder.

Was Herr v. Wangenheim hier sagt, ist von den Vertretern der Sozialdemokratie im Reichstag schon seit der längsten Zeit wiederholt ausgeführt worden. Die agrarische Bitte an Nichtagrarier ist also von der Sozialdemokratie erfüllt worden, ehe sie gestellt wurde.

Ein städtischer Riesenetat. Der Haushaltungsplan der Stadt Berlin für das neue Verwaltungsjahr (1. April 1908 bis 31. März 1909) balanziert in Einnahme und Ausgabe mit hundertneunundfünfzig Millionen Mark. Hier einige der wichtigsten Zahlen: An Ausgaben sind vorgesehen für das Unterrichtswesen 29,659,000 Mk., für Hoch- und Tiefbau 24,531,000 Mk., für Krankenwesen 14,959,000 Mk., für Armenwesen 11,098,000 Mk., die königliche Polizei kostet der Stadt 7,851,000 Mk., für Beleuchtung, Straßenreinigung und Besprengung sind 6,867,000 Mk. vorgesehen und die Verwaltungskosten sind mit 16,689,000 Mk. eingesetzt. An Einnahmen sollen in erster Linie die Steuern 80,250,000 Mark bringen, 1 Millionen Mark das Bauwesen, 5,200,000 Mark das Krankenwesen usw., 3,750,000 Mk., das Unterrichtswesen, 2,190,000 Mark das Armenwesen, 24,500,000 Mk. verschiedene Einnahmen usw., Bemerkt muß noch werden, daß in den Haushaltungsplan die städtischen Werke nicht einbezogen sind; bei Hinzuziehung der letzteren würde der Bruttoetat auf die Riesensumme von 290 Millionen Mark anschwellen.

Bürgerschafts-Wahl in Hamburg. Bei der Ersatzwahl zur Hamburger Bürgerschaft erhielt Genosse Umland einen beträchtlichen Stimmenzuwachs, so daß er an erster Stelle steht und in Stichwahl mit einem Reaktionär kommt. Den Ausschlag gibt der Linksliberalismus.

So enden die Kämpfer fürs teure Vaterland. Ein Kriegsveteran von 1866 und 1870/71 wurde dieser Tage als Gemeindearmer im Pferdestall eines Bauern in Reichsdorf (Niederbayern) tot aufgefunden. „Er wurde beerdigt", berichtet kurz die bürgerliche Presse und sie hält es nicht einmal der Mühe wert, nur seinen Namen zu nennen.

Das 25 Pfennigstück rückt näher. Dem Bundesrat ist die Vorlage über das 25 Pfennigstück (¼ Markstück) zusammen mit dem Entwurf einer Novelle zum Münzgesetz (Erhöhung der Silbermünzenkoplquote) dem Bundesrat zugegangen und dieser hat sie bereits den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Es ist anzunehmen, daß der Bundesrat auch die Entschließung über die Form der neuen Münzprägung getroffen haben wird, bevor die Vorlage an das Parlament geht.

Der deutsche Bauer zu gut für Ostafrika. Beim Festmahl des deutschen Landwirtschaftsrates im Hotel Adlon hat auch der Staatssekretär Dernburg das Wort genommen. Nach übereinstimmenden Meldungen hat er gesagt, daß Unberufene deutsche Bauern zum Auswandern nach Deutsch-Ostafrika bewegen wollten und hat sich schließlich dahin ausgedrückt, daß der deutsche Bauer zu gut für Ostafrika sei. Damit hätte Dernburg eine längst von der Sozialdemokratie vertretene Auffassung vom Wert Ostafrika bestätigt.

Der unabhängige Theologe und seine Verehrer. Der für Sonnabend Abend geplante Fackelzug der Studenten für den „beurlaubten" Professor Schnitzer ist mit der Begründung verboten worden, daß die Glorifizierung eines Mannes, der sich in so schroffen Widerspruch mit den Anschauungen des Papstes gesetzt habe, nicht zugelassen werden könne. Außerdem wurde Prof. Schnitzer aufgefordert, sich über zwei neue Anklagepunkte zu äußern, die gegen ihn erhoben wurden. Schnitzer versprach, dies schriftlich zu tun.

In ihrer ersten ordentlichen Sitzung hat die soeben gegründete Ortsgruppe München des deutschen Hochschullehrertages, der zurzeit 93 Mitglieder der Universität und der technischen Hochschule angehören, eine Kundgebung an Professor Schnitzer beschlossen, in welcher die Lehrer der Universität sowie der technischen Hochschule ihrer Sympathie für die Unerschrockenheit, mit welcher Professor Schnitzer sich zu seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung bekannt hat, Ausdruck geben. Montag Nachmittag findet in München eine allgemeine Studenten-Versammlung statt mit der Tagesordnung „Ehrung für Professor Schnitzer." — Die Klerisei macht sich daraus allerdings wenig, sie streckt den Ketzer nieder.

Ausland.

Bedenkliche Rivalitäten scheinen sich in Bezug auf die mazedonische Frage zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland entspinnen zu sollen. Mit Bezug auf die großen Bahnprojekte der österreichischen Regierung auf dem Balkan, die vor einiger Zeit der Minister v. Aehrenthal in den Delegationen erörtert hat, und durch die beispielsweise eine direkte Bahnverbindung Wien—Athen—Piräus geschaffen werden soll, hat jetzt Rußland das Gegenprojekt einer Bahn von der Donau nach der Adria vorgebracht. Wie ein Pariser Telegramm meldet, hat nach einer anscheinend halbamtlichen Mitteilung Rußland bereits am Mittwoch den Plan einer Donau-Adria-Bahn vorgelegt. Um gewisse Bestimmungen des Berliner Vertrages zu umgehen, die Oesterreich das Recht der Polizei im Sandschak Novibazar und einer Einflußnahme auf die Straßen- und Bahnbauten in Montenegro einräumen, soll die Linie nicht in Dulsigno, sondern in St. Giovanni di Medua in Albanien enden.

Oesterreich wieder wehrt sich gegen den Verdacht anti-russischer Gesinnung.

Auf der Pforte werden alle Meldungen ausländischer Blätter über türkische Kriegsrüstungen oder Truppenkonzentrationen an der russischen Grenze im Kaukasus als vollständig unbegründet bezeichnet und kategorisch erklärt, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Rußland absolut keinerlei Trübung erfahren haben.

* * *

Wie politische Prozesse in Rußland fabriziert werden. Vor einigen Tagen fand in Petersburg der „Prozeß der 56", die angeklagt waren, der sozialrevolutionären Partei angehört zu haben, seinen Abschluß. Dank dem Umstande, daß er nicht hinter geschlossenen Türen, sondern öffentlich verhandelt wurde, gelang es, einen Einblick zu gewinnen, wie in Rußland politische Prozesse fabriziert werden.

Die Angeklagten wurden am 17. Februar 1907 in einem Auditorium der Petersburger Universität verhaftet und beschuldigt, als Mitglieder der sozialrevolutionären Partei am „Umsturz der herrschenden sozialen Ordnung" mitgearbeitet und an der angeblich stattgefundenen Konferenz der Petersburger Parteiorganisation teilgenommen zu haben.

Ungeachtet der schweren Anklage, auf die Zuchthaus und Zwangsarbeit stand, mußten von 56 Angeklagten 50 freigesprochen werden, weil nicht der geringste Beweis für ihre Schuld erbracht werden konnte, während 6 zu relativ geringen Strafen verurteilt wurden. Sie

erwies sich, daß viele Angeklagte von der Polizei mit Gewalt in das Auditorium hineingedrängt wurden, in dem nach Angabe der Geheimpolizei die erwähnte Konferenz stattgefunden haben soll. Beweise, daß eine Konferenz tatsächlich stattfand, wurden hierbei nicht erbracht.

Dank dem Umstande, daß der Prozeß öffentlich stattfand, kam die Mehrzahl der Angeklagten mit 8 bis 9 Monaten Untersuchungshaft davon. Wäre der Prozeß, wie es in Rußland üblich ist, hinter geschlossenen Türen oder gar vor dem Kriegsgericht verhandelt worden, wer weiß, auf wieviel Jahre Zwangsarbeit erkannt worden wäre.

* * *

Vorschläge des marokkanischen Sultans Muley Hafids. Nach einem Telegramm, das der „Kölnischen Zeitung" aus Tanger zugegangen ist, hat Muley Hafid an das diplomatische Korps einen Appell gesandt, dem Blutvergießen bei Casablanca ein Ende zu bereiten. Er hoffe, daß Frankreich seine Operationen einstellen und sich in die Angelegenheiten zwischen dem Volk von Marokko und Abdul Aziz nicht mehr einmischen werde.

* * *

Der Kampf der Gewerkschaften Nordamerikas. Wie aus New Orleans gemeldet wird, erhob die Große Jury des Bundesgerichts Anklage gegen die Vertreter fast aller Arbeitergewerkschaften New Orleans wegen Verletzung des Shermanschen Antitrustgesetzes.

Die Bewegung unter den Gewerkschaften wegen der dauernd ungünstigen Gerichtsentscheidungen hält an. In New York, Chicago und anderen Städten erheben sich Stimmen für die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei. In Washington fand am Sonntag eine geheime Sitzung der Arbeiterführer statt, in der über Abwehrmaßregeln beraten werden soll.

* * *

Nordamerikanische Schiedsgerichts-Verträge mit europäischen Staaten. Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten von Nordamerika gedenkt dem Senate in den nächsten Wochen sieben neue Schiedsgerichtsverträge vorzulegen zum Ersatz der Staatsverträge mit England, Deutschland, Frankreich, Portugal, Italien, Schweiz und Spanien, die der Senat 1905 nach Vornahme von 5 Änderungen ratifiziert hatte. Präsident Roosevelt aber hatte damals die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden abgelehnt wegen der vom Senat beschlossenen Abänderungen, die das Staatsministerium ungünstig beurteilt hatte. — Dem Vernehmen nach verfügte der französisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag, daß die Bestimmung aller Gegenstände, die vor das Schiedsgericht kommen sollen und die Art des Verfahrens vor dem Schiedsgericht dem Senat zur Genehmigung zu unterbreiten sei. Dies beweist, daß Präsident Roosevelt tatsächlich dem Senate nachgab, der schon 1905 die Verträge mit Deutschland, England und anderen Staaten durch Abkommen ergänzte, die dem schiedsrichterlichen Gedanken zustimmten.

* * *

Kleine Auslandsnachrichten.

Ein Soldat, der im Kriegsministerium zu Rio de Janeiro (Brasilien) vorsprach, drückte den Wunsch aus, vom Minister empfangen zu werden. Die Adjutanten des Kriegsministers waren durch dieses Gesuch mißtrauisch geworden und ließen diesen Soldaten verhaften. Man fand in seinem Besitze einen Revolver und ein dolchartiges Messer. Man vermutet, daß er die Absicht hatte, den Minister zu töten. Der Soldat scheint nicht zurechnungsfähig zu sein.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. Februar.

Erwerbt das Staatsbürgerrecht!

An den Landtags- und Stadtverordnetenwahlen, die im Jahre 1908 stattfinden, dürfen nur Preußen teilnehmen. Wer hier wohnhaft, aber Bayer, Sachse oder Angehöriger eines anderen deutschen Bundesstaates ist, besitzt kein Wahlrecht, auch wenn er seit Jahren in Breslau Steuern zahlt.

Darum, Genossen, die Ihr nicht Preußen seid, laßt Euch in den preußischen Staatsverband aufnehmen. Ihr habt dann das Wahlrecht und unterstützt unsere große Sache, wenn Ihr es ausübt. Es kommt auf jede Stimme an!

Anträge auf Erwerbung des preußischen Staatsbürgerrechtes, die beim Regierungs-Präsidenten zu Breslau einzureichen sind, werden im Partei-Sekretariat, Neue Graupenstraße Nr. 5, II., im Arbeiter-Sekretariat, Nikolaistraße 18/19 I., und von folgenden Genossen unentgeltlich angefertigt:

Robert Herrmann, Lenthenstraße 68, 2. Etg.,
Robert Vogel, Waterloostraße 30, 4. Etg.,
Reinhold Günther, Hirschstraße 66, 1. Etg.,
Berthold Weese, Vorwerkstraße 78, 4. Etg.,
O. Goiny, Brunnenstraße 36, 4. Etg.,
K. Hallmann, Gräbschenerstraße 95, 2. Etg.

Die Aufnahme in den preußischen Staatsverband ist kostenfrei. Ein Ausscheiden aus dem bisherigen Staatsverband ist nicht erforderlich; sollte diese Aufforderung doch von irgend einem Beamten ergehen, so braucht man sie nicht zu beachten.

Da die Ausfertigung der Aufnahmeurkunde unter Umständen Monate dauern kann, müssen die Anträge auf Verleihung des Staatsbürgerrechts umgehend gestellt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Werbet schleunigst Preußen!

Rohrleger. Am Sonntag, den 23. d. M. Vormittags 10½ Uhr findet im oberen Saale der „Scala", Nikolaistraße 87, eine außerordentliche Versammlung für alle in der Gas- und Wasserleitungsbranche beschäftigten Monteure und Gehilfen statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Die bevorstehenden Kämpfe im Breslauer Baugewerbe. 2. Unser Tarif. 3. Wahl der Mitglieder zum Gesellenausschuß.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes.

Achtung, Schneider! Hiermit geben wir nochmals die am Dienstag, den 18. Februar, Abends 8 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses stattfindende Mitgliederversammlung bekannt.

Die Ortsverwaltung.

Spielplan.

Stadt-Theater.
Montag: „Agnes Bernauer".
Dienstag: „Der Wildschütz".
Mittwoch: „Der Postillon von Lonjumeau".
Donnerstag Nachm.: „Wilhelm Tell".
Donnerstag Abend: „Tiefland".
Freitag: „Hans Heiling".
Sonnabend: „Götterdämmerung".

Lobe-Theater.
Montag: „Die lustige Witwe".
Dienstag: „Ein Walzertraum".
Mittwoch: „Kaiser Karls Geisel".
Donnerstag: „Ein Walzertraum".
Freitag: „Ein Walzertraum".
Sonnabend: „Panne".

Thalia-Theater.
Montag: Eisenbahnverein: „Eine lustige Doppelehe".
Dienstag: G 5: „Der letzte Funke".
Freitag: H 5: „Der letzte Funke".

Breslauer Schauspielhaus.
Montag: „Anna Karenina".
Dienstag: „Der Prinzpapa".
Mittwoch: „1001 Nacht".
Donnerstag: „Nathan der Weise".
Freitag: „Der Opernball".
Sonnabend Nachm.: „Nathan der Weise".
Sonnabend Abend: „Der Prinzpapa".

* **Schauspielhaus.** Montag findet die vorläufig letzte Aufführung des Tolstoi'schen Dramas „Anna Karénina" statt. Dienstag gelangt „Der Prinzpapa". Mittwoch „1001 Nacht" zur Aufführung, während am Donnerstag zum ersten Male „Nathan der Weise" wiederholt wird.

* **Zirkus Busch.** Zur Zeit arbeiten die Installateure an den Anlagen für die Lichteffekte zu den Pantomimen bezw. an den Scheinwerfern zur Beleuchtung der in Funktion tretenden Riesenfontänen. Auch die übrigen Beleuchtungsanlagen im Zirkus werden bedeutend erweitert; der ganze Innenraum der Kuppel wird im Glanze unzähliger bunter elektrischer Glühkörper erstrahlen und mit den grellen Bogenlampen über der Manege eigenartig kontrastieren.

* **Dominikaner. Direktion H. Schack.** Wieder hat der Dominikaner den Besuchern ein reichhaltiges Programm geboten und hat die Direktion mit den Varietee-Sternen, die als unbekannt nach Breslau kamen, ein ganz bedeutendes Zugmittel engagiert. Die vielen Burlesken ermöglichen es, jeden dritten Tag vollständig neue Sachen in das Programm aufzunehmen. Alles bisher Dagewesene wird aber das Ensemblestück, welches seit Donnerstag zur Aufführung gelangt, übertreffen. Dasselbe betitelt sich „Die geraubte Komtesse" und schildert das Leben und Treiben der Zigeuner. Eine große Ausstattung sowie schicke Kostüme tragen zur Vervollkommnung dieses Stückes mit bei.

† **Im „Sumpfe der Großstadt" untergegangen.** Am 14. dieses Monats entwendete ein junger Fleischergeselle seinem Vater in Beuthen 1000 Mark, dann überredete er seinen Bruder, einen Lehrling, ihn bei einem Ausflug nach Breslau zu begleiten. Hier gerieten sie am 16. d. Mts. in die Führung einer auf der Antonienstraße wohnenden „Dame". Als die Beiden schließlich am Montag Morgen auf der Straße wieder richtig zu sich kamen, bemerkte der Geselle, daß ihm 800 Mark gestohlen worden waren. Die beiden jungen Leute wurden in Haft genommen, ebenso die „Dame", in deren Besitz sich die 800 Mk. noch befanden.

† **Ein Kind beraubt.** Am 11. d. M., Abends, schickte ein Bücherrevisor seine 9 Jahre alte Tochter in das Postamt 6, um für 15 Mk. Briefmarken zu holen. Als sich das Mädchen entfernte, kam ihr ein Mann nachgelaufen und sagte, es habe am Schalter 80 Pf. liegen lassen. Das Mädchen ging mit dem Mann zurück. Vor dem Postamt angelangt, gab der Mann dem Kind die 30 Pf., nahm ihm aber die Marken ab und hieß es nur kurze Zeit warten, da er noch einmal mit den Marken ins Amt gehen müsse. Da der Mann nicht mehr wiederkam, hat er das Gebäude anscheinend durch einen zweiten Ausgang verlassen.

* **Ueber den räuberischen Ueberfall** in der Höfchenstraße (siehe in der Beilage) meldet der uns soeben zugehende Polizeibericht dazu noch folgende Einzelheiten: Eine Höfchenstraße 69 wohnende Rentiere verlor am Sonnabend einen Pompadour, in welchem eine Straßenbahnkarte mit Angabe ihrer Wohnung sich befand. Dieser Pompadour wurde von 2 jungen Burschen gefunden, die sofort einen Einbruch in die Wohnung der Dame beschlossen. Die Rentiere besuchte nun am Sonntag Nachmittag eine Familie und als sie gegen 9 Uhr zurückkam, fand sie die Wohnung offen; sofort traten aus dem Dunklen zwei junge Leute auf sie zu. Der eine bedrohte sie mit einem Revolver und der andere schlug sie mit einem Stemmeisen zu Boden. Unter der Drohung, sie sofort zu erschießen, wenn sie schreien würde, verlangten sie von der Frau die Herausgabe der Geldschrankschlüssel. Nachdem sie ein Portemonnaie mit 20 Mk. erhalten hatten, öffneten sie mit dem ebenfalls in ihren Besitz gelangten Schlüssel den Geldschrank, dem sie ein Portemonnaie mit 175 Mark und zwei Portemonnaie mit 30—40 Mark, außerdem folgende Goldsachen entnahmen: eine Brosche mit schwarzem Stein und weißen Perlen, eine Korallenbrosche, eine goldene Kapsel mit schwarzer Emaille, einen goldenen Damen-Verlobungsring mit Diamant, eine goldene längliche Brosche mit lila Stein, eine mattgoldene altertümliche Brosche, einen goldenen großen Uhrhaken, eine große silberne Herrenuhr mit silberner Kette, eine große schwarze Kapsel mit Brosche und Diamant und eine schwarze Kapsel mit Gold und weißen Perlen ausgelegt. Der Versuch ein Buffett mit einem 3 Zentimeter breiten Stemmeisen zu erbrechen, mißlang. Nachdem die Diebe die Goldsachen in ein seidenes Tuch gepackt hatten, warfen sie die Frau auf ein Sofa, verschlossen alle Türen und entfernten sich dann unter Mitnahme sämtlicher Schlüssel, aber unter Zurücklassung des gefundenen Pompadours. Als sich die Frau von Schreck und Schmerz erholt hatte, rief sie durch das Fenster um Hilfe, worauf die Türen gewaltsam geöffnet wurden. Bald nach dem Ueberfall kam das Dienstmädchen nach Hause, welches die alte Dame hatte abholen sollen; diese hatte sich aber zufälliger Weise eher entfernt.

† **Feuer.** Am 15. d. M., Vormittags, brach in der Wohnung eines Arbeiters Hedwigstraße 45 (nicht Höfchenstraße, wie wir infolge eines Hörfehlers bei der telephonischen Meldung geschrieben), Feuer aus, welches fast das ganze nicht versicherte Mobiliar vernichtete.

† **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizei-Gefängnis wurden am 15. und 16. d. M. 65 Personen eingeliefert.

† **Gefunden** wurden: Eine Hundesteuermarke, eine schwarze Pferdedecke, ein Handtäschchen, eine goldene Damenuhr und ein Packet Pergamentpapier.

† **Abhanden** kamen: Ein Pompadour mit einer Lorgnette, ein blauer Sammetgürtel und ein Portemonnaie mit 28 Mk.

Neueste Nachrichten.

Gegen Bülow.

Ladenburg, 17. Februar. (H. T.-B.) Die Landesversammlung des nationalsozialen Badens erklärte die konservative Blockpolitik als politische Täuschung der Liberalen durch Bülow, auf die durch eine energische Absage geantwortet werden müsse.

Oesterreich und Ungarn.

Petersburg, 17. Februar. (H. T.-B.) Trotz aller offiziösen Bemäntelung empfindet man in politischen Kreisen das Vorgehen Oesterreich-Ungarns in der Sandschakbahnfrage als eine Niederlage der russischen Diplomatie. Hierin erblickt man aber in Wirklichkeit nichts weniger als kriegerische Absichten gegen Oesterreich.

Marokko.

Paris, 17. Februar. (Hirsch's Telegraphen-Bureau.) „Matin" glaubt mitteilen zu können, daß Muley Hafid an das französische Generalkonsulat in Casablanca zur Uebermittelung an die französische Regierung einen Brief gesandt hat, und zwar des Inhalts, die französische Regierung möge nicht in den Kampf zwischen den beiden feindlichen Brüdern eingreifen und ihre Truppen aus Casablanca zurückziehen. Dieser Brief wird morgen oder übermorgen in Paris eintreffen. Was die Haltung der französischen Regierung betrifft, glaubt „Matin" annehmen zu dürfen, daß Frankreich in den Kampf zwischen Abdul Asis und Muley Hafid nicht eingreifen wird und die Truppen aus Casablanca zurückziehen wird, sobald in diesem Gebiete die Ruhe und Ordnung hergestellt sein wird. Es sollen nur soviel Truppen zurückbleiben, als zur Sicherung des Polizeidienstes notwendig sind. Die Instruktionen d'Amades sind unverändert: niemand anzugreifen, aber jeden Angriff zurückzuschlagen.

Madrid, 17. Februar. (Hirsch's Telegraphen-Bureau.) Der Kommandant von Mar Chica teilte den Nachbarstämmen mit, daß die Besetzung der Stadt keineswegs einen feindlichen Akt bedeute, sondern nur zum Frieden diene.

Paris, 17. Februar. (Hirsch's Telegraphen-Bureau.) Aus Rabat wird hierher telegraphiert, daß die von der marokkanischen Staatsbank bewilligte Summe vorzugsweise zur Ausrüstung einer 2000 Mann starken Elitetruppe bestimmt ist, die dem Sultan Abdul Asis Fez zurückerobern und den Weg nach Rabat sichern soll. Im Sultanat hofft man noch auf die Gewinnung mehrerer wichtiger Stämme, die sich seinen 2000 Mannen anschließen sollen.

Rußland und die Türkei.

Frankfurt a/M., 17. Februar. (Hirsch's Telegraphen-Bureau.) Wie der Petersburger Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" erfährt, stellt man sich in der Umgebung des Zaren zur Frage eines eventuellen Krieges keineswegs ablehnend. Wie vor dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges steht man in einem Kriege den einzigen Ausweg aus den inneren Schwierigkeiten.

Berlin, 17. Februar. (Hirsch's Telegraphen-Bureau.) Die Meldungen über angeblich türkische Vorbereitungen zu einem Angriffskrieg gegen Rußland wurden einem Mitarbeiter des „Tageblatt" auf der türkischen Botschaft auf das entschiedenste dementiert. Auf alarmierende Meldungen aus Tiflis und Petersburg hat die türkische Botschaft bei ihrer Regierung angefragt, was an den Mobilmachungsgerüchten Wahres sei. Darauf ist gestern Vormittag ein Antworttelegramm der türkischen Regierung eingelaufen, welches irgendwelche türkische Vorbereitungen energisch in Abrede stellt.

Konstantinopel, 17. Februar. (Hirsch's Telegraphen-Bureau.) Die auswärts verbreiteten Nachrichten über eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Rußland und der Türkei werden an hiesiger maßgebender Stelle als übertrieben hingestellt. Auch russischerseits erklärt man es als absurd, Vorbereitungen zu kriegerischen Maßnahmen zu treffen.

New York, 17. Februar. (H. T.-B.) Die Probefahrt im Tunnel zwischen New York und Hoboken ist höchst erfolgreich in acht Minuten vom Union-Square bis zum deutschen Dampferdock verlaufen. Die Stationen und Einrichtungen sind vorzüglich. Die Betriebseröffnung erfolgt am Dienstag.

Literatur.

Der Börsenkönig betitelt sich ein neuer Roman*) von Edward Stilgebauer, des Verfassers von „Götz Kraft". In ihm versucht der Verfasser, berauscht von dem unverdienten Erfolge seines ersten Werkes, den Anfang einer Serie, betitelt „Die Lügner des Lebens" zu bieten. Der Held ist ein Börsianer, wie es ihrer so viele gibt: Rücksichtslos, brutal, nur ein Ziel kennend: den Profit, die blanken Millionen. Um seine waghalsigen Spekulationen durchzuführen, ist ihm kein Mittel zu schlecht. Seine eigene, bildhübsche Tochter Etelka ist er bereit, einem einflußreichen Streber als Preis zu zahlen. Wie man sieht: eine alte, aufgebrauchte Idee. Dazu ist die Sprache des Buches derart lax und unschön, der krassen Unmöglichkeiten sind so viele, und die Lösung der verschiedenen Probleme eine so plumpe und unbeholfene, daß wir auch diesen Roman, ebenso wie „Götz Kraft", unseren Lesern nicht empfehlen können. a.

*) Berlin, Verlag von Rich. Bonz, Preis 4 Mk.

Standesamtliche Nachrichten.

Todesfälle.

III. Verw. Droschkenbesitzer Ernestine Zukunft, geb. Schubert, 65 J. — Elisabeth, T. des Schlossers Heinr. Nolte, 3 J. — Arbeiter Alexander Hemp, 49 J. — Johannes, S. des Bäckers Ernst Werner, 9 M. — Verehl. Zahnarzt Pauline Volkmer, geb. Neimann, 38 J. — Regierungs-Hauptkassen-Buchhalter Paul Rother, 56 J. — Agnes, T. des Arbeiters Adolf Hornig, 1 J. — Gertrud, T. des Privatlehrers Dr. phil. Johannes Flegel, 1 J. — Verw. Hausbäkker Anna Glöckner, geb. Abert, 60 J. — Verw. Aufseher Amalie Kilke, geb. Huhnold, 60 J. — Handelsmann Adolf Willaweitz, 53 J. — Produktenhändler Franz Ruzynski, 27 J. — Glasermeister Paul Krutschek, 43 J. — Restaurateurin Ernestine Trübsand, geb. Ullrich, 32 J. — Verehel. pens. Schutzmann Emilie Krause, geb. Schmidt, 75 J. — Verw. Arbeiter Bertha Weigt, geb. Winkler, 62 J. — Schuhmacher Anton Schupke, 40 J. — Verw. Sattler Emilie Michael, geb. Lambe, 75 J. — Verkäuferin Gertrud Winkler, 16 J. — Kellner Alfons Heintze, 31 J. — Charlotte, T. des Handlungsgehilfen Georg Bannert, 6 Mon. — Bankbeamter Paul Heinrich, 49 J. — Ratsdepositalrendant Heinrich Liebig, 75 J. — Kohlenarbeiter Ernst Hanske, 57 J. — Verehel. Schlosser Hedwig Stanck, geb. Wenske, 27 J. — Früh. Kesselheizer Ernst Aberle, 64 J. — Rudolf, S. des Kanzleidiätars Rudolf Seifert, 5 W. — Kürschner Arnold Knobloch, 78 J. — Verw. Lokomotivführer Emilie Hamann, geb. Belger, 68 J. — Verw. Arbeiter Marie Hartrumpf, geb. Krause, 78 J. — Zimmerpolier Friedrich Piepenbrink, 62 J. — Verehl. Bureauvorsteher Klara Simon, geb. Schubert, 26 J. — Frieda, T. des Arbeiters Julius Wollny, 7 J. — Verehel. Schlosser Ottilie Kunert, geb. Gläser, 32 J. — Kellner Adolf Thorwald, 69 J. — Verw. Zimmermann Christiane Starke, geb. Teuchert, 46 J. — Johanna, T. des Kaufmanns Adolf Sommer, 1 J. — Walter, S. des Schneidermeisters Paul Rotsch, 1 J. — Ordensschwester Anna Müller, 43 J. — Erich, S. des Arbeiters Adolf Meraner, 2 M. — Verw. Bureaudiätar Marie Stelzer, geb. Schön, 80 J. — Kellner Reinhold Krause, 42 J. — Verw. Kürschner Auguste Hagenstein, geb. Hackauf, 67 J. — Strohhutnäherin Marie Ullrich, 34 J. — Paul, S. des Arbeiters Karl Kluge, 3 J. — Arbeiter Adolf Jäkel, 25 J. — Robert, S. des Arbeiters Karl Oschätzke, 2 J. — Kurt, S. des Arbeiters Ernst Schipke, 5 M. — Kanonier Wilhelm Speer, 19 J. Städtische Handarbeitslehrerin Agnes Scholz, 57 J.

Wie wirbt man Wahlrechtskämpfer?

Wie der 10. und 12. Januar 1908 gezeigt haben, stehen viele Tausende in unseren Reihen, die mutig und entschlossen für das freie Wahlrecht zum preussischen Landtage kämpfen. Aber noch sehen wir auch grosse Scharen ausserhalb der Kampfeslinie. Sie gilt es, heranzuholen! Und jeder von uns kann hier helfen.

Die besten Wahlrechtskämpfer sind die Abonnenten der „Volkswacht" und die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins. Also, sorgen wir für neue Abonnenten und neue Mitglieder.

So wirbt man Wahlrechtskämpfer!

Literatur.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 2 des dritten Jahrganges, Februar 1908. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart. Das Februarheft dieser Kunstgewerbe- und Fachzeitschrift bringt eine Abhandlung Max Winters über „Die Wiener Werkstätte" (mit 8 Abbildungen) und eine Studie Joseph Aug. Lux' über „Peter Behrens"; ferner die Fortsetzung des Artikels des Architekten O. Winkelmüller über den Treppenbau. (Mit vielen Abbildungen.) Von dem sonstigen Inhalt des Heftes sind noch hervorzuheben eine Abhandlung über „Die wichtigsten Arten der Nutzhölzer" und ein Artikel betitelt „Das Musikzimmer". Das Heft enthält insgesamt 40 Abbildungen, darunter Reproduktionen von Arbeiten Josef Hoffmanns, Peter Behrens', Alfred Grenanders und Oswin Hempels. Ein Abonnement dürfte sich für alle Holzarbeiter sehr empfehlen. Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Stuttgart, Adlerstraße 43.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

S. in Schwientochlowitz. Wir können die Sache nur veröffentlichen, wenn die Organisation sie geprüft und uns mit ausreichenden Beweismitteln zugesandt hat.

W., Anderssenstraße. Galizien ist ein österreichisches Kronland.

W., Poremba. Ueber die Kreissteuer im Kreise Kosel OS. können wir Ihnen keine Auskunft geben.

G., Conradswaldau. Die Beschwerde ist zu richten an den Regierungspräsidenten zu Liegnitz.

J. K. 24. Sie haben das Recht, die Tafel wieder aufzustellen.

L. B. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, Ihnen die Quittungskarte in jedem Falle herauszugeben. Wenden Sie sich an die Polizei mit dem Ersuchen, dem Unternehmer die Quittungskarte abzunehmen.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.
Nikolaistraße 18/19.
Sprechstd. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5½—7½ Uhr (außer Sonnabend Nachmittag).

Vereins-Kalender.

Gewerkschafts-Kartell.

Vorsitzender: Paul Senk, Nikolaistraße 57.
Kassierer: R. Peterhansel.

Die Gewerkschaften, Gesang-, Turn-, Radfahrer- und sonstige Vereine werden darauf aufmerksam gemacht, daß der große Saal des Gewerkschaftshauses noch frei ist am 22. März.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 19. Februar:

Böttcher. Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Zimmer 2.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

An die Bezirksführer!

Wegen der Generalversammlung, die am 24. Februar stattfindet, muß die monatliche Abrechnung der Bezirksführer eine Woche früher, also Montag, den 17. Februar, in den Distriktslokalen erfolgen. Kontrollkarten und unverkaufte Beitragsmarken sind mitzubringen. Wir bitten vollzählig zu erscheinen, auch diejenigen, die vorher abgerechnet haben, wollen zur Stelle sein, da nach Erledigung der Kassengeschäfte stets noch wichtige Dinge zu besprechen sind.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Land-Distrikt 6.

Sonntag, den 23. Februar, Nachmittags 3 Uhr: Zusammenkunft und Zahltag in Oltaschin bei Müller.

Schweidnitz. Das Rechtsschutzbureau befindet sich Hohstraße 16 III, und ist geöffnet Dienstag und Freitag von 11—1 Uhr Mittags und 6—8 Uhr Abends. Sonntags von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags. — Die Bibliothek ist zu gleicher Zeit geöffnet.

Waldenburg. Zentralverband der Schmiede. Mittwoch, den 19. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung im „Goldenen Stern", Gottesbergerstraße. Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Penkert-Breslau. Diskussion.

Häslicht und Umgegend. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonntag, den 23. Februar, Nachmittags 3 Uhr: Beitragserhebung bei Genossen R. Jakob.

Hirschberg. Gewerkschaftskartell. Dienstag, den 18. Februar, Abends 8 Uhr: Großer öffentlicher Lichtbilder-Vortrag des Schriftstellers R. Haase aus Berlin, in der „Andreasschenke" in Cunnersdorf über: „Das Geschlechtsleben und seine Folgeerscheinungen." Eintritt 20 Pfg. — Nur für Herren.

Altwasser. Frauenbildungsverein. Wegen des am 22. Februar stattfindenden Stiftungsfestes fällt die Monatsversammlung am 23. Februar aus.

Altwasser u. Waldenburg. Große öffentliche Versammlung. Dienstag, den 18. Februar, Abends 8 Uhr, im Saale des Gasthofes „Deutscher Kaiser" in Altwasser. Tagesordnung: 1. Die Plimpelwurst des „Feierabend!" 2. Reichstreue Vereine oder moderne Gewerkschaften! Referent: Friedrich Schlegel aus Breslau, Bezirksleiter des Metallarbeiter-Verbandes. 3. Freie Diskussion.

Gottesberg. Das Arbeitersekretariat befindet sich Fürstensteinerstraße 19, eine Treppe. Sprechstunden: Jeden Donnerstag von 10 Uhr Vorm. bis 4 Uhr Nachm.

Königshütte. Die Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats finden jeden Mittwoch von 8 bis 12 Uhr und von 5 bis 7½ Uhr im Gewerkschaftslokal, Rinastraße 3, statt.

Beuthen OS. Die Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats finden jeden Dienstag von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 5½ Uhr Nachmittags bis 7½ Uhr Abends im Gewerkschaftslokal, Groß-Dombrowkaerstraße 8, statt.

Kattowitz. Das Arbeiter-Sekretariat ist geöffnet Vormittags von 9 bis 1 Uhr und Abends von 5½ bis 7½ Uhr. Sonntag Nachmittags, sowie Dienstag und Freitag den ganzen Tag ist das Sekretariat geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schilh. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.
Hierzu 1 Beilage.

Am 15. d. Mts. verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Sangesbruder, der Tischler

Victor Koska

im blühenden Alter von 18 Jahren.

Sein Andenken werden stets in Ehren halten

Die Mitglieder des Männer-Gesang-Vereins „Grundstein" und Freunde. 817

Westennäherinnen außer dem Hause sofort gesucht. L. Rauschenfels, Kurzeg. 17, II. 789

ff. Batavia-Arrak,
„ Jamaica-Rum,
„ französische und deutsche Kognaks,
„ Punsche u. Tafelliköre
empfiehlt 6223
Edwin Delabon
Breslau, Neumarkt 6.
Flaschenverkauf im Comptoir, Hof, part.

Sozialdemokrat. Verein Breslau.
Montag, den 24. Februar, abends 8 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht für 1907.
2. Bericht der Preßkommission.
3. Neuwahlen des Vorstandes, der Revisoren, Preßkommissions-Mitglieder und Distriktsführer.
4. Die Erhebung eines Extrabeitrages von vierteljährlich 10 Pfg. zur Schaffung eines Wahlfonds.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.
Mitgliedsbuch legitimiert! 730

Stadt-Theater.
Montag 7½ Uhr: „Agnes Bernauer".
Dienstag 7½ Uhr: „Der Wildschütz".
Mittwoch 7½ Uhr: „Der Postillon von Lonjumeau".

Lobe-Theater.
Montag 7½ Uhr: „Die lustige Witwe".
Dienstag 7½ Uhr: „Ein Walzertraum".
Mittwoch 7½ Uhr, zum 1. Male: „Kaiser Karl's Geisel".

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.
Dienstag: Gruppe G. 5. Vorstellung. „Der letzte Funke".
Freitag: Gruppe H. 5. Vorstellung. „Der letzte Funke".

Schauspielhaus
Montag 8 Uhr: „Anna Karénina".
Dienstag 8 Uhr: „Der Prinzpapa".

Liebichs Etablissement.
Das brillante Februar-Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater
(Zimmermanns Garten).
La Bérat
und das hervorragende
Februar-Programm.
Anfang 7½ Uhr.
Bons an Wochentagen gültig.

Deutscher Kaiser
Friedrich-Wilhelmstr. 35.
Dir. H. Kratzsik.
Heute Montag:
Gänzlich neues Weltstadt-Programm.
Dienstag: Elite-Konzert mit Ovationen.

Feuerversicherung
sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn,
Ritterplatz 5, III.

Stamm-Seidel. [1324
Vereins-Seidel,
Geburtstags-Seidel,
Hochzeits-Seidel,
Jubiläums-Seidel,
in großer Auswahl empfiehlt
Otto Miksch,
Kupferschmiedestraße 47.

Möbel, Spiegel.
Polsterwaren
in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt. 95
Kein Abzahlungsgeschäft
gewähre aber gern Teilzahlung.
Preise enorm billig.

Plüschgarnitur	106 Mk.
Salontisch	18 „
Trumeau mit mod. Aufsatz	60 „
Schrank „ „	60 „
Vertiko „ „	45 „
Spiegel mit Schränkchen	35 „
Diwan in gutem Stoff	36 „
Bettstelle mit Matratze	36 „
Rohrstuhl mit hoher Lehne	4 „

Teppiche, Läufer, Uhren, Pianos, erstkl. Fabrikat und sämtl. zur Ausstattung gehörige Möbelstücke kauft bei
F. Pauer, Sandstr. 5.

Riesen-Lachs
Voll-Heringe
à Schock 2 Mk. — à Mandel 50 Pf.
3 Stück 10 Pf.
Schotten-Heringe
4 Stück 10 Pf.
Ernst Ogrowsky
22 Mühlgasse 22. [722

Rechte u. Pflichten des Mieters
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch Kommentar gegen Mietsrecht von Rich. Lapinski.
Preis pro Exemplar 20 Pfennige.
Die Broschüre ist sachkundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Mietsrecht.
Buchhandlung Volkswacht.

Sozialdemokratisches
Liederbuch
Preis 40 Pf.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter
Zahlstelle Breslau.
Dienstag, den 18. Februar 1908, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshause", Zimmer 2:
Mitglieder-Versammlung.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Jeder erscheine. 818
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Frauen-Bildungsverein „Altwasser".
Sonnabend, den 22. Februar 1908.
Erstes Stiftungsfest
im Gasthof „Zum Kaiser". 815
Theater, Gesang und Tanz.
Programm 30 Pf., an der Abendkasse 40 Pf., Galerie 20 Pf., zu haben in Altwasser bei Handelsfrau Gärtner u. den Bezirksführern Sandberg bei Frau Sporer. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Striegau. — Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, den 23. Februar, nachm. 3 Uhr: VERSAMMLUNG.
Jahresbericht. Kassenbericht. Aufnahme neuer Mitglieder. 814
Der Vorstand.

5 Pfg.-Sumatra-Zigarren
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
100 Stück 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme 6222
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
Breslau, Rosaplatz 11, am Odertorbahnhof.
Filialen: Matthiasstraße 1, Ecke Schrotgasse, Sonnenstr. 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Gabitzstraße 77.

Moderne Arbeiterbewegung und Alkoholfrage
von
Dr. med. Georg Keferstein.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Die Aufklärung der Kinder über geschlechtliche Dinge
von Otto Rühle.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Ich empfehle:
Lose der Wohlfahrts-Geld-Lotterie
für die Zwecke der deutschen Schutzgebiete
à 3½ Mark, Porto und Liste nach auswärts 30 Pfg. extra.
Ziehung schon 25. u. 28. d. Mts.
Hauptgewinne: 75 000, 50 000, 25 000, 15 000, 3×5000 Mark u. s. w.

Lose der Lungenheilstätten-Lotterie
à 3 Mark, Porto und Liste nach auswärts 30 Pfg. extra.
Ziehung am 6. März cr.
Hauptgewinne: 50 000, 20 000, 10 000, 5000, 2×1000 Mark u. s. w.

B. Klement, Breslau I,
Ring 22. 813

Die Gleichheit
(Frauenzeitung.)
Alle 14 Tage erscheinend Heft 10 Pfennige.

Ansichts-Karten
in vorzüglicher Ausführung:

August Bebel	Dr. Karl Liebknecht
Ignaz Auer	Klara Zetkin
Wilhelm Liebknecht	Rosa Luxemburg
Karl Marx	Gruppenbild der sozialdem. Reichstagsfraktion
Legien	La Marsellaise
Molkenbuhr	Terrorismus d. Steinbruchbesitzer Zubten-Ströbel Juni 1907.
Sachse	
Singer	
Vollmar	

Stück 8 Pf. — 2 Stück 15 Pf.

So muss es kommen! Konfisz. Volkswacht	Grabstätte von Ferdinand Lassalle

Stück 5 Pf.
empfiehlt
Buchhandlung Volkswacht.

Beilage zu Nr. 41 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 18. Februar 1908.

Deutscher Reichstag.

102. Sitzung vom Sonnabend, den 15. Februar Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: Krätke.

Die zweite Lesung des Postetats wird fortgesetzt.

Abg. **Lattmann** (wirtsch. Vgg.): Der Staatssekretär hat darin völlig Recht, daß ein Beamter niemals Sozialdemokrat sein darf. (Beif. b. d. drei bis sechs anwesenden Mitgliedern der Rechten.) Wenn die Sozialdemokraten in Begrüßungstelegrammen der Beamten an den Staatssekretär eine unwürdige Kriecherei sehen, so ist das ein Faustschlag ins Gesicht der Beamten. (Lachen b. d. Soz.) Aber der Staatssekretär sollte die in Beamtenkreisen herrschende Mißstimmung nicht allzuleicht nehmen. Die Beamtenvorlage kommt hoffentlich noch in dieser Tagung. Trotz der ungünstigen Finanzlage sind wir für die Ostmarkenzulage. Redner begründet die Resolution seiner Fraktion auf Herabsetzung des Ortsportos und bittet bei der Telephonreform die Interessen des erwerbstätigen Mittelstandes zu berücksichtigen.

Abg. **Kulerski** (Pole) tritt warm für den früheren Schalterschluß an Sonnabenden ein, verlangt, daß der 1. Weihnachtstag und der Neujahrstag den Postbeamten frei gegeben werde und wendet sich mit großer Schärfe gegen die Ostmarkenzulage, die das ethische Niveau der Postbeamten tief herabzudrücken geeignet sei. Der hakatistische Geist hat doch schon genug Verwüstungen angerichtet. (Sehr wahr! bei den Polen und Soz.) Auch wir im Osten haben unseren Fall Schellenberg. Ein Briefbote ist entlassen worden, weil er bei der Reichstagswahl für einen polnischen Kandidaten gestimmt hat. Man hatte ihn im Verdacht einer solchen Stimmabgabe und wußte es dahin zu bringen, ihn um Eid darüber auszuschieben. (Hört, hört! bei den Polen und den Soz.) Als er dann erklärte, für Polen gestimmt zu haben, wurde er entlassen. (Erneutes Hört, hört!) Es werden überhaupt im Osten sehr zum Schaden der Briefbestellungen systematisch polnische Briefträger entlassen. Redner spricht die Zustimmung seiner Partei zu der Resolution v. Damm auf Herabsetzung des Ortsportos aus. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. **Werner** (Antis.) ist für die Ostmarkenzulage und wünscht baldige Vorlegung des Beamtenbesoldungsgesetzes.

Staatssekretär **Kraetke** erklärt, daß auch die Landbriefträger in gehobene Stellen einrücken können, wenn sie zuvor Stadtbriefträger geworden sind. — Der Fall mit dem entlassenen Landbriefträger liegt anders als Herr Kulerski ihn dargestellt hat. Eine Zeitung hatte einen Lehrer beschuldigt, für den polnischen Kandidaten gestimmt zu haben. Der Lehrer erhob Klage und in der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß der Briefträger fraglichen Stimmzettel abgegeben hat. Die Bromberger Oberpostdirektion ließ dem Manne Vorhaltungen machen, weil er den Lehrer in falschen Verdacht gebracht habe. Der Briefträger räumte ein, unehrenhaft gehandelt zu haben und bat um seine Pensionierung, die ihm in Anbetracht seines hohen Alters bewilligt wurde.

Abg. **Dr. Struve** (Freis. Vgg.): Württemberg hat eine weit fortgeschrittenere Postverwaltung als Preußen. — Es läßt sich durchaus einrichten, daß die Dienststunden der Postbeamten nicht über 60 pro Woche hinausgehen. — Für die Mißachtung der Unterpostbeamten ist es bezeichnend, daß in Oldenburg ein junges Mädchen nicht als Telephonistin zugelassen wurde, weil ihr Vater Postunterbeamter ist. (Hört, hört! links.) — Der Hildesheimer Regierungspräsident hat den Lehrern verboten, an die Postunterbeamten Fortbildungsunterricht zu erteilen. (Erneutes Hört, hört! links.) Auf das Allerentschiedenste mißbilligen wir das Vorgehen der Postverwaltung im Fall Schellenberg. (Lebhafte Zust. links.) Dr. Schellenberg erzählte mehreren Berufskollegen, die nationalliberal gewählt haben, er habe für den Sozialdemokraten als das kleinere Uebel gestimmt. Eine Kellnerin erzählte das dem nationalliberalen Stammtisch und ein Postrat a. D. sandte die Anzeige an die Oberpostdirektion in Frankfurt. (Zuruf bei den Freis.: Pfui! und Lump!) Die Oberpostdirektion in Frankfurt warf die Denunziation in den Papierkorb. (Bravo! links.) Aber der Postrat a. D. sandte sie weiter an die Reichspostverwaltung, die die Denunziation nicht in den Papierkorb warf, sondern Dr. Schellenberg amtlich vernehmen ließ. Dr. Schellenberg lehnte jede amtliche Angabe über seine Stimmabgabe ab, gab aber privatim zu, daß er für den Sozialdemokraten gestimmt. Darauf wurde ihm die Stelle gekündigt, die er 14 Jahre inne gehabt. (Zuruf b. d. Freis.: Unerhört!) In Kiel hat dieselbe Postverwaltung, die einen Arzt wegen Abgabe eines sozialdemokratischen Zettels in der Stichwahl maßregelt, dadurch, daß sie einem Telegraphensekretär verbot, bei den Stadtverordnetenwahlen zu kandidieren und durch dieses Verbot viele Beamte verärgerte, der sozialdemokratischen Liste zum Siege verholfen. (Hört, hört! links.) Die Postverwaltung täte gut, aus diesen beiden Fällen eine Lehre zu ziehen. (Bravo! bei den Freis.)

Staatssekretär **Krätke** bestreitet unter stürmischem, minutenlangem Gelächter der Linken und des Zentrums, daß Dr. Schellenberg gemaßregelt sei. Dr. Schellenberg hätte vorsichtig sein sollen, dann hätte keiner erfahren, wie er gestimmt hat. Ich kann doch nicht jedem Unterbeamten sagen: Der Herr hat zwar sozialdemokratisch gewählt, ist aber kein Sozialdemokrat. Wenn Dr. Schellenberg so unvorsichtig ist, dann bringt so etwas in die Kreise der Unterbeamten, von denen ich nicht dulde, daß sie der Sozialdemokratie angehören. (Demonstrativer Beifall rechts, große Unruhe links.)

Abg. **Eickhoff** (Freis. Volksp.): Der Fall Schellenberg ist jetzt genug behandelt. Der Staatssekretär hätte die ganze Sache als Kellnerinnenklatsch behandeln sollen. (Sehr richtig! bei den Freis.) Wir können den Beamten kein Koalitionsrecht geben, das zum Streik führt. (Hört, hört! bei den Soz.) Aber zu Verbänden sich zusammenzuschließen, müssen wir den Beamten gestatten. Beamtenausschüsse würden sehr zur Förderung des Friedens zwischen den Beamten und der Verwaltung beitragen. (Bravo! bei den Freis.)

Staatssekretär **Krätke** fordert die Abgeordneten auf, die Beamtenwünsche doch lieber der Petitionskommission vorzulegen, bevor sie sie im Plenum vortragen.

Abg. **v. Treuenfels** (kons.) jubelt unter frenetischem Beifall der Rechten über die Maßregelung Schellenbergs. Heraus mit Sozialdemokraten aus Vertrauensposten der Reichsverwaltung. Mit einem Menschen, der sozialdemokratisch wählt, darf eine Reichsverwaltung nichts zu tun haben. (Tosendes Bravo! rechts. — Lachen b. d. Soz.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluß 3¼ Uhr.

Das Bombenattentat auf den Generalgouverneur von Moskau.

Eine russische Revolutionärin vor den Geschworenen.

Wadowice (Galizien), 15. Febr. 1908.

Ein höchst interessanter politischer Prozeß, der die Erinnerung an die Tage der russischen Revolution erneut wachruft, kommt am Montag vor dem hiesigen Schwurgericht zur Verhandlung. Wegen versuchten Meuchelmordes und wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz hat sich die 21jährige Malerin Wanda Dobrodzicka zu verantworten, die angeklagt ist, am 18. August 1906 auf den Generalgouverneur und Kriegskommandanten von Warschau Skalon in Warschau ein Bombenattentat verübt zu haben.

An diesem Tage wurden gegen Skalon, als er nach einem Besuch bei dem deutschen Vizekonsul Baron Lerchenfeld in seinem Wagen zurückkehrte, von einem Balkonfenster 3 Bomben geschleudert. Keine der Bomben explodierte und weder Skalon noch der ihn begleitende Adjutant erlitten Verletzungen. Dagegen wurden durch den Tumult und die Erschütterung mehrere der dem Wagen des Gouverneurs folgenden Kosaken leicht verletzt. Die Ermittelungen ergaben, daß die Bomben von zwei Damen, von denen die eine die Malerin Dobrodzicka, die damals noch unverehelichte Strachalska, war, geschleudert worden waren, um den Generalgouverneur zu töten. Am 20. Oktober 1907 wurde Wanda Strachalska, die sich inzwischen in Krakau mit einem Arzt Dobrodzicka verheiratet hatte und dadurch österreichische Staatsbürgerin geworden war, auf Antrag der russischen Regierung verhaftet, während es nicht gelang, die zweite Täterin ausfindig zu machen. Gegen Wanda Dobrodzicka wurde beim Landgericht in Krakau eine Untersuchung wegen versuchten Mordes und Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz eingeleitet. Sie wurde, als die Untersuchung nahezu abgeschlossen war, nach Wien überführt, wo laut Beschluß des Obersten Gerichtshofes die Verhandlung vor dem Wiener Schwurgericht stattfinden sollte. Auf Vorstellung mehrerer polnischer Abgeordneten wurde aber von der Durchführung des Prozesses in Wien Abstand genommen und der Oberste Gerichtshof überwies Dobrodzicka dem Wadowicer Schwurgericht zur Aburteilung. Zu der Verhandlung, die zwei Tage in Anspruch nehmen wird, sind Sachverständige für Sprengstoffe, ein Dolmetscher der russischen Sprache und Zeugen aus Rußland geladen worden. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte und Abgeordneten Dr. Stanislaus Ritter von Lazowsky-Wadowice und Dr. Hermann Liebermann-Przemysl.

Partei-Angelegenheiten.

Die 3. Konferenz der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen Rumäniens

hat in Bukarest während zweier Tage getagt. Es haben an der Konferenz 74 Delegierte verschiedener Organisationen teilgenommen. Die sozialistische Partei Bulgariens hatte eine Depesche an die Konferenz geschickt. Die ungarische Sozialdemokratie wurde durch einen Delegierten vertreten.

Auf der Tagesordnung standen nur zwei Punkte: 1. Ausarbeitung eines sozialdemokratischen Programms. 2. Ausarbeitung der Statuten für die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen.

Nach Antrag der Jassyer sozialistischen Delegation, die einwendete, daß die Ausarbeitung eines sozialistischen Programms Aufgabe eines nur aus sozialistischen Organisationen bestehenden Parteitages und nicht einer, wie die tagende, aus Delegierten von sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen zusammengesetzten Konferenz ist, beschloß die Konferenz, den Punkt 1 zu streichen und ihn dem nächsten sozialistischen Kongreß zuzuweisen.

Beim zweiten Punkt wurde anstatt des vom Zentrum verfaßten, auf stramme Zentralisation der Organisationen hinzielenden Statuts der „sozialistischen Vereinigung“, das die politische Leitung in die Hände eines Zentralkomitees legte, von der Konferenz, nach einigen Debatten, der Entwurf der Jassyer Organisation angenommen, der, im Gegensatz zum ersten, den einzelnen lokalen Organisationen eine größere Autonomie gewährt und die Einleitung größerer politischer Aktionen den Beschlüssen der Majorität der Mitglieder der „Vereinigung“ durch Referendum und Parteitagsbeschlüsse einräumt.

Gegen die Jassyer, die für den Namen „Sozialdemokratische Vereinigung Rumäniens“ eintraten, benannt die neue Partei vom Kongresse „gemäß der Stuttgarter Resolution“ den Namen „Sozialistische Vereinigung, rumänische Sektion der Internationalen“.

Die Konferenz nahm dann das von der Generalkommission verfaßte Statut der „gewerkschaftlichen Vereinigung“ an.

Somit wurde von der Konferenz die Trennung der sozialistischen von den gewerkschaftlichen Organisationen vollzogen, die Autonomie beider Bewegungen anerkannt, die sozialistische sowie die gewerkschaftliche Bewegung vereinheitlicht und somit die Gründung der jetzt so nötigen einheitlichen Partei vollzogen.

Zum Schluß wurden zwei Protestresolutionen vom Kongreß angenommen, die eine gegen die willkürlichen und gesetzwidrigen Ausweisungen zahlreicher Genossen und Gewerkschaftler, gegen diese unmoralischen und illegalen Akte unserer „liberalen“ Regierung gegenüber Staatsbürgern, die mehr Anspruch auf ihre Bürgerrechte haben, als viele rumänische Politiker und Staatsmänner; die andere gegen die verfassungswidrigen Maßregeln, mit denen die „reaktionärste Klassenherrschaft“ die Arbeiterklasse seit fast einem Jahre verfolgt.

Da der Schlußtag der Konferenz mit dem dritten Jahrestage des Anfanges der russischen Revolution zusammen gefallen ist, hat die Konferenz durch eine Resolution ihre Sympathie und Solidarität mit den Freiheitskämpfern in Rußland ausgedrückt.

Ein Sympathietelegramm wurde dem im Auslande weilenden ausgewiesenen Genossen Dr. Ratkowsky, dem Führer der rumänischen Arbeiterbewegung, gesandt.

Das Telegramm, das die Konferenz dem Brüsseler internationalen sozialistischen Bureau sandte, wurde von den Behörden konfisziert.

Am letzten Tage der Konferenz hielten die Delegierten eine öffentliche Protestversammlung gegen die schändliche liberale Reaktion ab; mehr als 3000 Arbeiter füllten den Saal.

Strafkonto der Presse. Genosse Redakteur Leopold vom Hallenschen „Volksblatt“ wurde am Donnerstag vom Schöffengericht in Elsterwerda wegen Beleidigung zweier Grubenbeamten zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Unser Genosse hatte versucht, den leitenden Amtsrichter, der in einer anderen Prozeßsache gegen ihn als Belastungszeuge aufgetreten war, als befangen abzulehnen. Die Ablehnungsgründe wurden aber als nicht stichhaltig angesehen.

Arbeiterbewegung.

Massenprotest gegen die Kruppsche Pensionskasse.

Der Vorstand des christlichen Metallarbeiter-Verbandes hatte für Dienstag Abend eine öffentliche Versammlung der Ar-

Stadt-Theater.

„Martha“.

Die Melodie ist immer noch Trumpf — auch wenn sie schon so abgeleiert ist, wie im „Troubadour“ oder „Martha“ und es gibt glücklicherweise noch viele harmlose Menschen, die sich den Genuß einer durch und durch melodiösen Oper leisten. Das Haus war am Sonnabend dicht besetzt und zollte den vier Hauptdarstellern, Frau Mac Grew, Frl. Neisch und den Herren Siewert und Schauer an den traditionell gewordenen Stellen enthusiastischen Applaus, auch die übliche Repetition des „Martha, du entschwandest“ wurde erklatscht. Die Figur der Lady trat darstellerisch in der neuen Besetzung mit Mac Grew aus der üblichen Schablone heraus; aber auch gesanglich wurde alles elegant erledigt. Bemerkenswert schön war das Legato in dem Lied von der „letzten Rose“. Herr Alsdorf gab den Lord Tristan angemessen. Von den Mägden sang eine immer konvagierter als die andere. Herr Tissot, der die Vorstellung leitete, wird sich manchmal nachgiebiger zeigen müssen; der Chor hinter der Szene (1. Akt) differierte ziemlich erheblich mit dem Orchester, das im allgemeinen recht diskret begleitete. Vielleicht ermutigt der zündende Erfolg von „Martha“ die Direktion, sich einmal Partitur und Text der reizenden Oper Flotows „Seine Schatten“ anzusehen, die in Paris noch jetzt unter dem Titel „l'hombre“ gegeben wird. Für „Indra“ hätten wir jetzt auch recht geeignete Besetzung!

H. M.

Breslauer Schauspielhaus.

„Nathan der Weise“.

Dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.

Die Aufführung dieses klassischen Werkes bedeutete für Breslau ein literarisches Ereignis, dem mit großer Spannung entgegengesehen wurde. Ist man doch seit dem „Demetrius“ an eine ebenso einzigartige wie stilreine Aufmachung des klassischen Schauspiels in unserem jüngsten Theater gewöhnt, daß man auch vom Nathan etwas Besonderes erwarten konnte. Und man kann wohl sagen: Enttäuscht war am Sonnabend im großen Ganzen niemand. Obwohl gerade dieses Stück des großen Kritikers und Philosophen Lessing an die Aufführenden und die Regie die größten Anforderungen stellt, wurden sie bei der Premiere restlos erfüllt.

Und das ist keineswegs leicht. Im Nathan behandelt Lessing, der vorher eine ganze Reihe theologische Streitschriften losgelassen, ein interessantes Problem dessen Darstellung ein fein abgetöntes, durch sich selbst wirkendes Spiel erfordert. Lessing spricht da wie hier die Ansicht aus, daß diejenige Religion die beste sei, die man innerlich erlebe und in der man Gutes tue. Das Christentum könne, so war von jeher Lessings Glaubensbekenntnis, auch ohne Bibel bestehen, denn das Evangelium sei schon lange, bevor es schriftlich aufgezeichnet wurde, dagewesen. Lessing wollte mit diesen theologischen Darlegungen die Loslösung vom Buchstaben bewirken, er tritt auch im Nathan ein für eine Religion, die nicht um des künftigen himmlischen Lohnes willen zur Tugend leitet, sondern um der Tugend selbst willen den Menschen zur Ausübung des Guten erzieht. Als höchste Tugend, zu welcher die Religiosität den Menschen führen soll, betrachtet Lessing die Nächstenliebe, die Toleranz. Der „Nathan“ ist aber trotzdem ein Streitwerk. Seine freimütige Wahrheitsliebe hatte Lessing viele Feinde gemacht. Er wurde bombardiert mit Schmähschriften, weil er in seiner Kritik so erfrischend deutlich war. Weil er auf dem Standpunkt stand: „. . . . so artig, wie man will: Die Höflichkeit ist keine Pflicht, und, nicht höflich sein, ist noch lange nicht, grob sein. Hingegen zum Besten der Mehreren freimütig sein, ist Pflicht; sogar es mit Gefahr sein, darüber für ungesittet und bösartig gehalten zu werden, ist Pflicht.“ Und da man den Dichter dieserhalb beim Herzog von Braunschweig, (seinem „Landesvater“) denunzierte, verfocht er im Nathan seine Meinung bezüglich der theologischen Fragen, um von der Bühne heraus sagen zu können, was ihm sonst zu sagen verboten war. — Zum Mittelpunkt dieses Dramas nahm Lessing die bekannte Parabel von den drei Ringen aus einer Novelle des Dekameron von Boccaccio. Die drei Ringe sollen die jüdische, die christliche und mohammedanische Religion verkörpern.

Die Handlung spielt in Jerusalem zur Zeit der Kreuzzüge, in welcher Zeit alle drei Religionen nebeneinander in dieser Stadt vertreten waren. In den Trägern des Islams (Sultan Saladin) und des Judentums (Nathan) finden wir die zwei idealsten Charaktere des Stückes, die beide durch die Herren Werder und Landa lebenswahr und künstlerisch verschönt dargestellt wurden. Ja, wie Herr Landa als Nathan durch seine Taten zeigt, daß das Christentum (vertreten durch den Tempelherrn, den Patriarchen und die schelmisch-gutmütige Kupplerin Daja) selbst im Charakter des Tempelherrn, den beiden ersten an erhabener Größe nicht gleich kommt, wurde ihm ob seines vollendeten Spiels eine stürmische Ovation zu teil. Und als er dem in Geldsorgen steckenden Sultan gegenüberstand, als er sich schlau aus der Falle zog, die ihm Saladin mit der Frage gestellt, welche von den drei Religionen die wahre sei, erscholl ihm auf offener Szene jubelnder Beifall entgegen. Nathan antwortet nämlich auf diese Frage als vorsichtiger und weiser Jude mit dem Gleichnis der drei Ringe und macht dann die Anwendung auf die Religion. Der Sultan ist beschämt, gesteht seine Verlegenheit, erhält das Geld und schließt Freundschaft mit dem edlen Juden. Herr Landa verstand es meisterhaft, in Spiel, Maske und Sprache, namentlich in der herrlichen Sprache, diese Idealfigur des Stückes plastisch darzustellen, und seine schöne Kunst wurde den hohen Anforderungen des Dichters bis auf den i-Punkt gerecht. Neben ihm kam Herr Bernau als Tempelherr, der Nathans angenommene Tochter Recha aus dem Feuer rettete und sie liebt, (während sich später herausstellt, daß sie seine Schwester ist,) nur schwer auf. Herr Bernau traf sehr gut den Ton, wenn er mit Nathan und Daja, Rechas Vertraute, sprach, aber es fehlte ihm die innerliche Wärme in der Szene mit Recha, die ihn doch für einen Engel hält und in der Szene, als ihn der Sultan, der ihn vorher hatte töten wollen, als seinen Neffen erkennt. (Daß er gerade hier den Text nicht konnte, störte sehr peinlich die ergreifende Szene.) Herr Senger dagegen als Schatzmeister des Sultans und Freund Nathans war vorzüglich disponiert und brachte diese gerade, treue Natur famos heraus. Dasselbe gilt für Fräulein Carla Ernst, die uns des Sultans Schwester Sittah vortrefflichen Charakter angenehm berührend zum Ausdruck brachte, und für Fräulein Buchholz, die als geschwätzige und doch auch gutmütige Christin und Gesellschafterin Daja warme und edle Töne (allerdings zeitweilig zu sehr karrikierende) fand. Fräulein Salzmann dagegen wurde als liebenswürdige Recha, die ihren Retter anbetet und schwärmerisch liebt, allzusehr von ihrem angewöhnten hörbarem Atemholen, ihrem allzu weinerlichem Ton unliebsam gestört, fand auch keinen Ausdruck für ihre Ueberraschung beim Erkennen des Bruders und keinen für den Schmerz über den Verlust ihres trefflichen Vaters, den sie doch über alles als Vater geliebt, obgleich er nie ihr Vater gewesen ist. Dagegen verdient diesmal Herr Heidemann als gutmütig pfiffiger Klosterbruder eine ganz besonders gute Note. Das war seit seinem Debut in Hartlebens „Angele“ seine beste und seine reifste Leistung.

Da obendrein die Regie (Herr Worms) wieder wahre Prachtdarbietungen an Ausstattung gab (namentlich die Palmengänge und Saladins Palast boten einen ebenso stilreinen wie farbenprächtigen Anblick) so bedeutete der Abend trotz seiner Länge (trotz des Fortlassens der Monologenlängen, der Szenen im Harem, der mit Emir Marcor, der im Zimmer Saladins, mit den Geldbeuteln, der Szenen mit Saladin und dem Tempelherrn 2c., dauerte die Vorstellung bis 12 Uhr Nachts!) einen ungetrübten Genuß. Was ihn uns besonders hochschätzen läßt, ist der Umstand, daß alle Personen und die Handlung mit packender Wahrheit vor uns hintreten und daß Lessing im Nathan nicht nur ergreifend das Evangelium der Menschenliebe predigt, sondern mit erfrischendem Freimute die Intoleranz, die Unduldsamkeit bekämpft. Daß Lessing als Christ diese Grundsätze gerade in einem Juden illustriert, mag vielleicht befremdend wirken, und blieb vielen Besuchern am Sonnabend unverständlich. Aber gerade das kennzeichnet die Gesinnung des Dichters, solange eine Religion eine sittlich veredelnde Wirkung ausübt, spricht er ihr Berechtigung zu, sei das

leiter der Krupp'schen Fabrik einberufen zwecks Berichterstattung über den Ausgang des Prozesses gegen die Pensionskasse der Firma und Stellungnahme zu der dadurch geschaffenen Sachlage. Es hatten sich zirka 2000 Arbeiter eingefunden. Aus den Ausführungen des Referenten Hirtsiefer ist hervorzuheben:

Im Vorstande der Kasse sitzen sechs Mitglieder der Firma Krupp und sechs Arbeiter. Der Vorsitzende als Dreizehnter ist Beamter der Firma. Es sei selbstverständlich, daß eine Entscheidung stets zu gunsten der Firma getroffen werde. Gewiß solle anerkannt werden, daß bei der Gründung die wohltätige Absicht vorhanden war; es sei jedoch nicht zu verkennen, daß, wie sogar das Organ der Arbeitgeber, die „Arbeitgeberzeitung" anerkenne, bei der Firma Krupp sowohl wie bei den meisten Industriellen erst das eigene Interesse in Betracht komme und dann das Wohl der Arbeiter. „Wir sind keine prinzipiellen Gegner gesunder Wohlfahrts-Einrichtungen und erkennen dieselben an, wenn die Interessen der Arbeiter gewahrt werden." Referent verglich weiter die Wohlfahrtseinrichtungen mit den Krankenhäusern. So lange man sie nicht braucht, seien sie gut, doch niemand sehne sich nach ihnen. Aus beabsichtigten Wohltaten sei eine unbeabsichtigte Plage geworden.

Redner führt dann mehrere Einzelheiten an; so sei ein Arbeiter, der 37 Jahre lang bei Krupp beschäftigt war und wegen Arbeitsunfähigkeit seine Entlassung nahm, mit seinen Ansprüchen gegen die Pensionskasse abgewiesen. Man habe die am Sonnabend gefällte Entscheidung des Landgerichts vorausgesehen; denn „die Firma Krupp sei das Alpha und Omega der Stadt Essen"! Das jetzt gefällte Urteil habe die Sachlage nicht geklärt, es spreche wohl von den Leistungen der Kasse, aber nicht davon, woher diese kämen. Das den Arbeitern günstige Gutachten des Professors Lothmar sei nicht anzutasten. Mit dem Gegengutachten des Professors Ehrenberg ginge die Firma Krupp förmlich hausieren. Sie schicke es allen Zeitungen zu und betone dabei besonders den Titel: „Wissenschaftlicher Beirat des Reichsversicherungsamtes zu Berlin und Professor der Versicherungswissenschaft der Universität Göttingen." Die Pensionskasse der Firma Krupp sei das stärkste Hindernis der Arbeiter bei Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Die Organisation werde den Volksvertretern im Parlament Material zur Information übersenden, damit diese im Reichstage die Angelegenheit vorbringen, und auf gesetzlichem Wege Abhilfe geschaffen werde.

Nach der Diskussion ergriff der Referent nochmals das Wort, wobei er hervorhob: „Einen patriarchalischen Geist auf der Kruppschen Fabrik gibt es nicht mehr, seitdem die Reserveoffiziere ihren Einzug in dieselbe gehalten und den Kasernenhof in die Fabrik hineingebracht haben." — Die Ausführungen des Referenten fanden lebhafte und allgemeine Zustimmung.

Zum Schluß gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher die Firma Krupp ersucht wird, eine Aenderung des Pensionskassen-Instituts in einer für die beteiligten Arbeiter annehmbaren Form vorzunehmen. Sollte dies nicht der Fall sein, so hoffen die Versammelten, daß auf gesetzlichem Wege den unhaltbaren Zuständen baldigst ein Ende gemacht wird.

Wie groß muß die Erbitterung gegen die sogenannten „Wohlfahrts"-Einrichtungen sein, wenn schon die „Christen" anfangen, sich dagegen aufzulehnen. Hoffentlich aber bleibt es nicht bloß bei der Annahme der Resolution.

Die beste Waffe gegen diesen kapitalistischen Pensionskassen-Unfug ist ein organisierter Widerstand aller Krupp'schen Arbeiter, damit dieses Monstrum von Wohlfahrtseinrichtung sobald wie möglich verschwindet.

Zur Vertreterwahl der Ortskrankenkasse in Leipzig. Solange die Ortskrankenkasse in Leipzig besteht, ist die Beteiligung bei den Vertreterwahlen nicht so stark gewesen, wie bei der am Donnerstag vollzogenen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die sogenannten „nationalen" Arbeiterverbände mit einer eigenen Liste angerückt waren und alle mit außerordentlicher Anstrengung arbeiteten. Trotz des mit allerlei Verdächtigungen gegen den Kassenvorstand geführten Kampfes der „Nationalen" sind diese rührigen Feinde der Arbeiterinteressen mit ihrer Liste schmählich durchgefallen. Von den 34,536 abgegebenen Stimmen fielen über 31,000 auf die Liste des Gewerkschaftskartells und nur etwas über 3000 auf die Liste der „Nationalen".

Wird diese Niederlage die „Gelben" belehren, daß Leipzig kein Tätigkeitsfeld für sie ist und daß die Zugehörigkeit eines Arbeiters zu gelben Verbänden als eine Schmach des Arbeiters und als Verrat seiner Interessen und der der Arbeiterklasse von allen unabhängig denkenden Arbeitern empfunden wird?

Bergarbeiterstreik. Auf den Zechen „Freier Vogel" und „Unverhofft" bei Essen verweigerten am Freitag früh 46 Mann Frühschicht die Anfahrt, weil ein Steiger sie zu schroff behandelte. Die Direktion erklärte, die von den Leuten vorgebrachten Beschwerden an Ort und Stelle untersuchen zu wollen. In der Nachmittagsschicht verweigerten in demselben Steigerrevier dreißig Mann aus gleichem Grunde die Anfahrt. Da die Belegschaft sich vollkommen ruhig verhält, so ist anzunehmen, daß sich die Bewegung nicht weiter ausdehnt, falls dies die Direktion nicht durch ungerechte Maßnahmen selbst herbeiführt.

Mehrere hundert Textilarbeiter sind in Roubaix wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Wortbrüchige Unternehmer. In Narvik, dem norwegischen Ausfuhrhafen der schwedischen Eisenerze, wird binnen wenigen Tagen ein großer Streik ausbrechen. Sämtliche Arbeiter, die doch für die schwedische Millionenfirma „Kiruna-Luossavarrebolaget" tätig sind, haben ihre Stellungen gekündigt, weil die Unternehmer ein Versprechen, zum 1. Februar einen neuen Tarif einzuführen, nicht gehalten haben. Das Leben in Narvik ist sehr teuer. Das Personal der norwegischen Staatsbahnen erhält hier schon die sogenannte „Polarzulage" und andere besondere Vergünstigungen.

Englische Gewerkschaften werden auf einer Konferenz, die in London am 26. Februar stattfinden soll, die Herausgabe einer täglichen Arbeiterzeitung besprechen. 16 Gewerkschaften die zusammen 300,000 Mitglieder zählen, haben ihre Vertretung auf der Konferenz schon zugesagt. Die Londoner Buchdrucker haben bestimmte Vorschläge gemacht. Sie halten 100,000 Pfund Sterling als Grundkapital für notwendig, um ein achtseitiges Morgenblatt zum Preise von einem halben Penny herauszugeben; sie schlagen den Titel „The Morning Herald" vor.

Die Krise bei den Diamantarbeitern in Amsterdam. In der Diamantindustrie sind zurzeit 4500 von den 8000 Arbeitern arbeitslos. Zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Löhne und der Preise für geschliffene Diamanten, die jetzt durch die Arbeitslosigkeit stark gefährdet werden, wird zwischen dem Juwelierverein und dem Diamantarbeiterbund über die etwaige völlige Arbeitseinstellung in der Brillanbranche verhandelt, welche drei Viertel der Diamantindustrie umfaßt. Obwohl noch kein Beschluß gefaßt worden ist, scheint eine prinzipielle Einigung wahrscheinlich.

Massenklagen gegen Gewerkschaften. Wie aus New Orleans gemeldet wird, erhob die Grandjury des Bundesgerichts Anklage gegen die Vertreter fast aller Arbeiter-Gewerkschaften New Orleans wegen Verletzung des Sherman'schen Antitrustgesetzes.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. Februar.

Geschichtskalender.

18. Februar.

1546 Martin Luther in Eisleben †.
1564 Michel Angelo (Buonarotti), berühmter Maler, in Rom †.
1654 Balzac, französischer Schriftsteller.
1803 J. W. L. Gleim, Dichter, in Halberstadt †.
1857 Max Klinger, Maler, Radierer und Bildhauer *.
1886 Dritte Sozialistengesetzverlängerungsdebatten im Reichstag.

* Die erste Gemeindevertreter-Konferenz

für den Agitationsbezirk Breslau fand Sonntag morgens und nachmittags im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses statt. Es waren vertreten die Mitglieder der Agitationskommission: Schütz, Löbe und Albert, die Parteisekretäre Neukirch und Scholich, von der Redaktion der „Volkswacht" Radlof, die Distriktsführer des Landkreises: Reinh. Mischke, Zimmer, Mayer und Böhm. Ferner waren aus dem Landkreise vertreten die Genossen: Pohl und Leipe (Gemeindevertreter) aus Leipe-Petersdorf, Kusche aus Rosenthal, Richard und Reinhold Mischke aus Gräbschen, Srowig aus Kletschkendorf, Schwarz aus Krietern, Weidner, Gäriel (Gemeindevertreter), Pfützner (Gemeindevertreter) aus Hartlieb, Bräuer aus Deutsch-Lissa und Goldschmieden, Borofsky und Hansel (Gemeindevertreter) aus Stabelwitz, Littmann aus Groß-Tschansch, Grundke aus Koberwitz, Stähr (Gemeindevertreter) aus Mariahöfchen. Aus der Provinz waren erschienen: Lieganitz-Kreis Mohring, Kreisvertrauensmann, Ohlau-Stadt Langer, Baumgarten-Dorf Kaske, Peisterwitz-Dorf Gröger, Steindorf-Dorf Berger, Gemeindevertreter, Märzdorf-Dorf Kulitze, Strehlen-Stadt Müller, Hussenitz-Dorf Kläger, Brieg-Kreis Richlicky, Neisse-Kreis Grötzner, Militsch-Stadt Roßband, Freyhan-Dorf Hubrich, Breslau-Stadt Neukirch, Breslau Schütz und Löbe als Stadtverordnete.

Den Vorsitz der Konferenz übernahmen Löbe und Schütz, als Schriftführer fungiert Albert. Zunächst erhält Genosse Scholich das Wort zur Berichterstattung über die statistische Umfrage: Es sind versandt worden 51 Fragebogen, davon entfallen 21 auf die Stadt- und 30 auf die Landgemeinden. Zurückgegeben sind 35 (15 aus den Stadt-, 20 aus den Landgemeinden). Aus 6 Stadt- und 10 Landgemeinden sind die Fragebogen nicht zurückgesandt. Es finden in 4 Stadtgemeinden (Breslau Liegnitz, Neisse und Freyhan) und in 19 Landgemeinden, darunter in 12 Orten des Landkreises, Neuwahlen statt. Dazu kommen 10 Gemeinden des Landkreises, die die Fragebogen noch nicht abgeliefert haben, wo wir aber an der Wahl teilnehmen. In 13 Stadtgemeinden fungieren 436 Stadtverordnete, die meistens der konservativen und freisinnigen, zum Teil der Zentrumspartei angehören. Nur in einer Stadt (Breslau) haben wir 2 sozialdemokratische Stadtverordnete. In 8 Städten haben wir uns noch nicht an der Wahl beteiligt. In allen 15 Städten lagen die Wählerlisten aus.

In 17 Landgemeinden fungieren 204 Gemeindevertreter, die meistens der konservativen und der Zentrumspartei angehören. In 6 Gemeinden (Steindorf 1, Kl.-Leubusch 7, Gr.-Leubusch 2, Dirschel 2, Hartlieb 2, Stabelwitz 1) sind 15 Gemeindevertreter. Dazu kommen im Leobschützer Kreise noch 4—5 Orte, auch im Brieger sowie im Landkreise noch einige Orte, z. B. Neu-Leubusch, Oswitz u. a.

In 12 Gemeinden beteiligen wir uns zuerst an den Wahlen. In den meisten Orten lagen auch die Listen aus, in Freyhan sollen sie nicht ausgelegen haben, in einigen anderen Orten nur wenige Tage.

Genosse Neukirch hält nun sein Referat über die gesetzlichen Vorschriften soweit die Gemeindevertreterwahlen in Betracht kommen. Neukirch begrüßt einleitend die Konferenz als einen Fortschritt. Früher fand oft Streit darüber statt, ob wir uns überhaupt an derartigen Wahlen beteiligen sollen. Dieser Standpunkt sei überwunden. Zwar sei die Selbstverwaltung in den Landgemeinden durchweg noch schlechter als in den Städten, das müsse für uns aber ein Ansporn sein, energisch tätig zu sein. Der Referent erörtert alsdann die wichtigsten Bestimmungen der Landgemeindeordnung, die §§ 41, 42, 45, 53, 55, 56, zu jedem einzelnen sachgemäße Erläuterungen hinzufügend, so daß in jedem Zuhörer ein klares Bild darüber entstand, wie, wo, wann und wozu in den Landgemeinden gewählt wird. Zum Schluß betont Genosse Neukirch, daß die Art der Agitation nicht in großen Versammlungen liege, sondern daß die Kleinarbeit, die Agitation von Mund zu Mund die beste sei. (Beifall).

Genosse Schütz referiert über die Aufgaben sozialdemokratischer Gemeindevertreter. Schütz legt zunächst die Unterschiede dar zwischen den in den Städten und den Landgemeinden zu lösenden Aufgaben. Man müsse für die kleinen Gemeinden ein Minimal-Programm aufstellen und durchzuführen versuchen. Jeder Gemeindevertreter müsse dem Geschäftsgang seine Aufmerksamkeit widmen und mit kritischem Blick an alles herantreten. Es herrsche in vielen Gemeindevertretungen, gar keine Ordnung und Klarheit, die Tagesordnung würde vielfach erst in der Sitzung bekannt gemacht, sodaß die Vertreter nicht orientiert seien, auch müsse auf die Oeffentlichkeit der Verhandlungen gedrungen werden. Am wichtigsten sei die Stellung zum Haushaltsetat und Voranschlag. Gen Schütz setzt hier die Bedeutung jeder einzelnen Position aus einander. Jetzt würde der Etat anders als zu Großvaters Zeiten gegeben, wo sich die Vertreter im Gerichtskretscham hinsetzten und den Etat mit Kreide auf den Tisch schrieben. Nachdem Redner die Unterschiede zwischen Brutto- und Netto-Etat dargelegt und hervorgehoben, daß es jeden Gemeindevertreters Recht und Pflicht sei, sich über den Etat zu informieren, geht er die verschiedenen Dinge durch, die auch für die Landgemeinde wichtig sind, wie Steuern, Schule, Kanalisation, Wasserversorgungsanlagen, Gründung von Zweckverbänden, Volksgesundheit, Wohnungszustände, Armenpflege rc. Schütz teilt dabei aus seiner eigenen Erfahrung wertvolle Dinge mit, die in Landgemeinden geschehen und Remedur erheischen. (Beifall.)

Nach der Mittagspause wurde in die Debatte eingetreten und aus den Reihen der Genossen zahlreiche Fragen über das Wahlrecht, die Aufgaben der Gemeindevertreter gestellt, die von den Genossen Neukirch und Löbe Beantwortung fanden. Löbe konnte in seinem Schlußwort konstatieren, daß die Konferenz erfreulich verlaufen und zu wünschen sei, daß sich nach einigen Jahren einmal eine größere Anzahl von sozialdemokratischen Gemeindevertretern wieder im Gewerkschaftshause versammele.

Das ausführliche Protokoll soll vervielfältigt und den Genossen als Leitfaden eingehändigt werden.

Der Januar ein Krankheitsmonat für Breslau.

Der Wintermonat machte einen schlimmen Jahresbeginn; er stand unter dem Zeichen der Influenza und brachte eine Epidemie, welche durch die Zahl der Fälle der vom Jahre 1890 nahe kam, allerdings im Verlaufe meist nicht allzuschwer, aber doch noch schwer genug, um die Sterbeziffer auf eine recht stattliche Höhe zu bringen. Begünstigt wurde die Verbreitung der Krankheit noch durch äußerst unangenehme Witterungs-Verhältnisse, die durch fortwährende Unbeständigkeit sich auszeichneten. Die Luftwärme war ganz abnorm hoch; sie betrug im Durchschnitt Minus 1 Grad C. und lag damit um reichlich 1¾ Grad über dem Monatsdurchschnitt (Höchster Grad Plus 7,5 am 18., niedrigster Minus 18 am 3.). Der Luftdruck schwankte ebenfalls stark, betrug im Mittel 752 Millimeter mit dem Maximum von 766 Millimetern am 23. und dem Minimum von 729 Millimetern am 9. Die Windrichtung war eine vorherrschend westliche, die Winde selbst durchweg von beträchtlicher Stärke. Die Menge der Niederschläge war gering, um 25 Prozent hinter dem Monatsmittel zurückbleibend.

Bekenntnis auch noch so verschieden von dem seinen. — Mit dem Nathan und mit den ihm verwandten philosophischen Gedichten „Ernst und Falk", „Die Erziehung des Menschengeschlechts", sowie „Das Testament Johannis" hat Lessing nicht nur die deutsche Prosa geläutert und ausgearbeitet, sondern auch zugleich die Aufklärung in Deutschland durch die Vernichtung des theologischen Jochs und der biblischen Unfehlbarkeit wesentlich gefördert. Kein aufgeklärter Arbeiter sollte es sich entgehen lassen, sich die Werke dieses Dichters der vorklassischen Zeit (in jeder Buchhandlung in einzelnen Reclam-Heften für 20 Pf. zu haben) anzusehen oder sie zu lesen. r. a.

Aus aller Welt.

Genickstarre und Influenza haben im Monat Januar eine reiche Ernte gehalten. Nach einer amtlichen Mitteilung sind im Januar im Königreich Preußen 87 Personen an Genickstarre erkrankt und 35 gestorben. Am stärksten waren die Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf beteiligt. — New York meldet 30 Todesfälle an Genickstarre. — An Influenza starben im Januar in Berlin 100, in Petersburg 30 und in New York 192 Personen.

Nach einer Meldung aus Dresden hat sich in der dortigen Maschinengewehr-Abteilung die Genickstarre trotz umfangreichster Isolierungen weiter ausgebreitet. Freitag sind ein Sergeant und zwei Fahrer neu erkrankt. Im ganzen liegt bisher ein Todesfall vor.

Von den flüchtigen Berliner „Bankiers". Von der Kriminalpolizei wurden in der Friedberg-Affäre Sonnabend Abend wiederum mehrere Personen festgenommen, da die Polizei dadurch den Aufenthalt der flüchtigen „Bankiers" Friedberg und Bohn feststellen hoffte. Es entstand infolge dieser Verhaftungen und Vorführungen in der Gegend des Bahnhofs Friedrichstraße das falsche Gerücht, daß einer der beiden Flüchtlinge unweit des Zentralhotels ergriffen worden sei. Trotz der umfassendsten Nachforschungen ist es bisher nicht gelungen, Anhaltspunkte über den Aufenthalt der beiden Flüchtigen zu finden.

Große Juwelen-Diebstähle. Eine ein und einen halben Meter lange, aus 4 Einreihen bestehende Perlenkette mit lauter feinen Perlen im Gesamtwerte von 250,000 Mk. und eine Nadel mit einer großen, weißen Perle im Werte von 17,000 Mk sind Freitag Abend einer Gräfin v. Wartensleben aus dem Ankleidezimmer ihrer hochparterre gelegenen Wohnung in der Hindersinstraße zu Berlin, während einer kurzen Abwesenheit gestohlen worden. In dem Ankleidezimmer hatte sich in der fraglichen Zeit nur die Zofe befunden, die vorläufig festgenommen wurde, aber den Diebstahl bestritt.

Ein weiterer Juwelendiebstahl wird aus dem in der Nähe von Berlin belegenen Sanatorium Langwitz gemeldet. Einer dort zur Kur weilenden Baronin v. Lebermann wurde ein Rubinschmuck im Werte von 5,000 Mark gestohlen. Die Nachforschungen ergaben, daß eine Wäscherin der Anstalt das Kollier zwischen benutzter Wäsche gefunden haben will und eine Freundin damit beschenkt hat. Die wieder verschenkte es weiter und so wanderten die Rubinen von Hand zu Hand. Die letzte Besitzerin hat den Wert offenbar erkannt und den Schmuck beiseite geschafft. Alle Bemühungen der Polizei sind bisher vergeblich gewesen.

Schnellbahn Moabit-Rixdorf. Der „Reichshauptstädt. Korr." zufolge soll Minister Breitenbach die städtischerseits geplante Untergrundbahn Moabit-Rixdorf im Grundsatz genehmigt haben. Allerdings wird der Plan noch einige Aenderungen erfahren, doch sind die Veränderungen unerheblicher Art.

Die Streichholzschachtel als Lebenkretterin. Ein Wächter überraschte Nachts im Hause Schulstraße 11 in Harburg einen Einbrecher bei der Arbeit, der sich aber sofort auf den Wächter stürzte und ihm einen Messerstich in die Brust versetzte. Das Messer drang durch Mantel und Litewka sowie durch eine volle Schachtel Streichhölzer, die sich in einer Aluminiumhülle befand. In dieser Metallhülle blieb das Messer stecken, so daß der Wächter nur leicht verletzt wurde. Die Streichholzschachtel hat ihm das Leben gerettet, sonst wäre der Stich ins Herz gegangen.

Massen-Erkrankungen. In Duisburg sind infolge des Genusses von verdorbenem Käse etwa 80 Personen zum Teil schwer erkrankt. Unter den Erkrankten befinden sich viele Arbeiter der beiden Glashütten, die teilweise den Betrieb einstellen mußten.

Um ein Stückchen Brot. Aus New York wird gemeldet: Der Inhaber eines Restaurants im New Yorker Ghettoviertel hat sich entschlossen, die hungernden Kinder, die die in der Nähe liegenden Schulen besuchen, täglich unentgeltlich zu speisen. Der Andrang übersteigt alle Begriffe; denn die Arbeitslosigkeit unter der armen Bevölkerung des Viertels hat infolge der industriellen Krisis einen noch nie gekannten Grad erreicht. Es kann immer nur ein Teil der sich einstellenden Kleinen bedacht werden, und so kommt es zu Kämpfen um den Vorrang. Am Donnerstag lieferten sich die Kinder eine wahre Schlacht, der erst das Eingreifen zahlreicher Polizisten ein Ende machte. Viele Kinder wurden verletzt. Der Besitzer des Lokals ist der Meinung, daß sich die traurige Szene leicht hätte vermeiden lassen, wenn sich die Polizei von vornherein die Aufrechterhaltung der Ordnung unter den nach einem Löffel Suppe lechzenden armen Kindern hätte angelegen sein lassen.

Um den noch immer zunehmenden Arbeitslosen Beschäftigung zu gewähren, plant die Stadtverwaltung die sofortige Inangriffnahme des Baues einer neuen Untergrundbahnlinie. Bei diesem Werke sollen 175,000 Mann Arbeit finden. Die Kosten werden vom Finanzausschuß auf zehn Millionen Dollars veranschlagt, deren unverzügliche Bewilligung beantragt werden soll.

20.000 Mark für einen Geist. Ein Amerikaner, Josef Battles, hat, wie der „New York American" berichtet, sein Vermögen in Höhe von 20,000 Mk. der „Clark-Universität in Massachusetts mit einer ganz eigentümlichen Bestimmung vermacht. Es soll nämlich diese Summe dem Medium als Belohnung zufallen, dem es gelingt, den Geist eines verstorbenen Menschen in der Weise herbeizurufen und festzuhalten, daß die Erscheinung unzweifelhaft sicher bezeugt und bewiesen werden kann. — Amerikanisch!

Gruben-Explosion in Transvaal. Ein Grubenunglück hat sich in Südafrika ereignet. Aus Pietermaritzburg wird telegraphisch gemeldet: Infolge einer Explosion schlagender Wetter wurden 12 Europäer, darunter der Stellvertreter des Grubenkommissars, und 60 Eingeborene im Steinkohlenbergwerk von Glencoe verschüttet. Da der Fördergöpel in die Luft flog, mußten die Rettungsversuche zeitweise eingestellt werden. Es besteht die Besorgnis, daß alle umkommen, da eine Wiederholung der Explosion droht.

Ein späteres Telegramm meldet: Die Versuche, die in dem Steinkohlenbergwerk zu Glencoe eingeschlossenen Bergleute zu retten, wurden eingestellt, da jeder Versuch, in das Bergwerk einzudringen, den unmittelbaren Tod für die Retter zur Folge haben würde.

Tornado und Erdbeben. Ein heftiger Tornado suchte Freitag verschiedene Teile im Süden der Vereinigten Staaten heim. Bei Tyler (Texas) sind mehrere Personen getötet worden. Auch in Hattiesburg im Staate Mississippi richtete der Tornado große Verheerungen an. Die Ortschaft Moßville ist zerstört.

Gleichzeitig machte sich, wie die Hauptstelle für Erdbebenforschung in Hamburg anzeigt, ein Erdbeben von mäßiger Stärke bemerkbar, dessen Herd etwa 3800 Kilometer entfernt sein dürfte. Die Dauer des Bebens belief sich auf etwas über eine Stunde.

Die Bevölkerungsbewegung gestaltete sich in Breslau während der letzten vier Berichtswochen nach einer Zusammenstellung in der „Schles. Ztg." in folgender Weise:

Es betrug die Zahl der Geburten 1096 (davon die gewöhnliche Zahl von 20 Prozent unehelich, nämlich 215) und zwar 560 Knaben und 536 Mädchen. Lebend geboren wurden 1052 Kinder (536 Knaben, 516 Mädchen), tot geboren 44 (24 männlich, 20 weiblich). Die Zahl der Gestorbenen betrug 867 (gegen 770 im Vormonat), davon 406 männlichen, 461 weiblichen Geschlechts. Von den Gestorbenen waren 60 gleich sieben Prozent nicht ortsangehörig. Die Kindersterblichkeit hat sich nur um ein geringes erhöht; es starben von Kindern im ersten Lebensjahre 226 (davon 70 uneheliche, gegen 48 im Vormonat).

Die Gesamtsterblichkeit, auf 1000 Einwohner berechnet, betrug 20 (gegen 20,5 im Vormonat); und zwar war die Zahl ansteigend, in den einzelnen Monatswochen 21,5 bis 20,5—23,6—26,4. Breslau stand damit unter den 112 Orten Deutschlands mit einer Bevölkerung von mehr als 40.000 Einwohnern in den einzelnen Wochen des Monats an 82., 72., 95. und 104. Stelle, ein äußerst ungünstiges Verhältnis.

Von den einzelnen Krankheitsgruppen zeigten in Breslau die infektiösen einen allgemeinen Rückgang.

Am höchsten stand die Diphtheritis mit 95 Erkrankungen (gegen 129 im Vormonat) und der hohen Zahl von 14 Sterbefällen. Der Rückgang betraf die innere Stadt, die Nikolai- und Schweidnitzer-Vorstadt. An Scharlachfieber erkrankten 37 (gegen 59 im Vormonat), ohne einen Todesfall. Der Rückgang zeigte sich besonders in der Sand-, Ohlauer-, Strehlener- und Schweidnitzer-Vorstadt, während der Nikolaitorbezirk Zunahme aufwies. An Unterleibstyphus erkrankten 8, an Wochenbettfieber 8, mit der hohen Sterbeziffer von 5 Todesfällen.

Die genaue Verteilung der einzelnen Krankheiten über die einzelnen Bezirke der Stadt ergibt sich aus nachstehender Uebersicht:

	Einw.	Diphth.	Scharlach	Typhus	Wochenbettfieber
Innere Stadt	47,000	3	1	0	2
Oder-Vorstadt	70,000	16	4	1	0
Sand-Vorstadt	79,000	19	1	2	1
Ohlauer Vorst.	55,000	5	4	0	2
[illegible]-Vorst.	26,000	8	2	0	0
Schweid.-Vorst.	120,000	30	7	4	2
Nikolai-Vorstadt	70,000	14	8	1	1

An Masern sind 8, an Keuchhusten 10 Kinder gestorben. Die Zahl der Todesfälle an Brechdurchfall und Darmkatarrh ist mit 65 die gleiche geblieben wie im Vormonat. Dagegen ist die Zahl der Todesfälle an Erkrankungen der Atmungs-Organe sehr hoch gestiegen, 152 (gegen 122 im Dezember), wobei die Influenza natürlich mitgewirkt hat. An Tuberkulose sind 117 gestorben (gegen 102 im Vormonat). Durch gewaltsamen Tod endeten 24 und zwar 10 durch Selbstmord und 14 durch Unglücksfälle.

Die Belegziffer der in den hiesigen 18 öffentlichen Krankenanstalten befindlichen Kranken betrug zu Anfang des Monats 2552; dazu kamen 3506 Neuaufgenommene, sodaß im ganzen sich 6058 in Anstaltspflege befanden. Von diesen starben 180, gingen ab 2808, sodaß am Ende des Monats 3070 als Bestand verblieben.

Der Heine-Abend

am Sonntag bewies aufs neue, welch' großer Beliebtheit sich diese Veranstaltungen des Bildungsausschusses erfreuen. Pünktlich zur angesetzten Zeit konnte der Abend vor rund 1000 Personen eröffnet werden, ein Erfolg, der angesichts der Inanspruchnahme der Arbeiter durch die Fastnachtsvergnügen ꝛc. zu schönen Hoffnungen berechtigt. Eingeleitet wurde der Abend durch einen Vortrag des Herrn Arthur Feige, über den wir leider nichts berichten können, da die im hinteren Teile des Saales Sitzenden infolge des schwachen Organs des Vortragenden fast kein Wort hören konnten. Erst dann kam die nötige Aufnahmestimmung, als ausgewählte Sänger unseres trefflichen Arbeiter-Sängerbundes das von Leinenweber in schlichter Einfachheit komponierte „Mädchen mit dem roten Mündchen" fein abgerundet zu Gehör brachten. Die Leistung ließ bereits für die noch in Aussicht stehenden Kompositionen von Schumann und Mendelssohn das Allerbeste erhoffen und die Sänger hielten dann auch getreulich, was sie hier versprochen. Sowohl das Schumannsche ebenso entzückende wie schwierige Lied: „Dein Angesicht, so lieb und schön, das hat ich einst im Traum gesehn" als auch die Mendelssohn'sche „Wasserfahrt" und vor allem die unsterbliche „Lorelei" in Silchers schlicht zu Herzen gehender Vertonung wurden (bis auf eine kleine Entgleisung) mustergiltig herausgebracht. Daß die Sänger als stürmisch verlangte Zugabe das liebliche „Leise zieht durch mein Gemüt" wählten, sei ihnen noch besonders gedankt.

Den Höhepunkt erreichte der Abend, als Fräulein Salta von den vereinigten Breslauer Theatern, die für die krank gewordene Dora Lotti-Hopf eingesprungen war, Heinesche Gedichte rezitierte. Wir haben nicht nötig, die Vorzüge dieser beliebten Künstlerin des einzelnen aufzuzählen. Sie ist aus den Volksvorstellungen (Maria Stuart „die Ehe" ꝛc.) vielen unserer Leser bestens bekannt; aber gestern hat sie sich eine große Anzahl neuer Freunde im Gewerkschaftshause erworben. Sie trug zunächst den bekannten „Hirtenknaben", dann das prächtige „Wintermärchen", die „Wallfahrt nach Kevelar" und die so arg verhaßten „Weber" („Im düsteren Auge keine Träne") vor. Namentlich nach den „Webern", die Fräulein Salta dramatisch wuchtig durchlebte, und die sie mit Donnerstimme allen ins Herz einhämmerte, wollte der stürmische Beifall schier kein Ende nehmen. Im zweiten Teile brachte die Künstlerin dann noch das „Jammertal", die „Schlacht bei Hastings", das niedliche „Mein Kind wir waren Kinder" und den flammenden „Hymnus" („Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme!") in vollendeter Virtuosität zu Gehör und fand ebenso dankbare Hörer.

Aber trotz dieser „Beifallsspendabilität" kam der vom Eichendorff-Abend in bestem Andenken stehende Herr Konzertsänger Künstädter durchaus nicht zu kurz. Wieder wie am 1. Dezember erfreute er durch seinen ansprechenden volltönenden und klangschönen Bariton und seine Lieder. „Ich will meine Seele tauchen", „Ich hatte einst", „Der Asra", „Lehn deine Wang", „Ich grolle nicht", „Die beiden Grenadiere" fanden bei allen eine ebenso herzliche Aufnahme wie die Lieder der Konzertsängerin Frau Rudolf, die für die ebenfalls erkrankte Sängerin Else Dietrich eingesprungen war. Die Künstlerin sang herzige Heinesche Lieder in der Vertonung von Schumann und Mendelssohn und fand sehr bald den Weg zum Herzen der Hörer, namentlich der Hörerinnen. Sie sowohl wie Herr Künstädter wurde von Herrn Hugo Markt auf dem Flügel (Großpietsch) feinsinnig und stimmungsvoll begleitet. Im Ganzen: Ein schöner Abend! So schön, daß er die Sehnsucht nach ähnlichen Veranstaltungen wesentlich steigern wird. r. a.

* **Zum zweiten Male vertagt** wurde der gegen unseren Verantwortlichen für Donnerstag den 20. d. M. anstehende Termin wegen angeblicher Beleidigung des Afrikahelden Karl Peters. Der neue Termin findet wahrscheinlich im Anfang des nächsten Monats statt, bis dahin muß also der große Peters auf seine „Rehabilitierung" warten.

Wieder einmal: Die geistliche Intoleranz

Im Anschluß an die vom Genossen Löbe in der letzten Stadtverordnetensitzung vorgebrachte Beschwerde über die Intoleranz auf Breslauer Friedhöfen wird uns noch folgendes geschrieben:

Sehr angebracht wäre es, in der Stadtverordnetensitzung einmal anzufragen, wo es eigentlich geschrieben steht, daß Arbeiter- und andere Sänger, die am Grabe singen, jedesmal an den kirchlichen Sängerbrigenten 3 Mark „Abstandsgeld" zahlen müssen? Wie kommt der kirchliche Chor dazu, von Sozialdemokraten Geld zu nehmen und (was noch weniger verständlich) sogar zu fordern?

Auch über einen Partner des Pfarrers Zimbal haben wir lebhaft Beschwerde zu führen. Es handelt sich um den Geistlichen von der Trinitaskirche in der Gräbschenerstraße. Auf dem Friedhofe dieser Gemeinde wurde vor einigen Tagen ein organisierter Tischler beerdigt. Da die Hinterbliebenen die Mitführung eines Kranzes mit roter Schleife nicht gern sahen, unterblieb sie. Es wurde den Kranzspendern gesagt, der Pfarrer verbiete es, den Kranz mitzugeben! Persönlich hätte er zwar nichts gegen die rote Schleife, aber er sei „durch höheren Befehl" zu dem Verbot selbst gezwungen. — Nun, wir als die Freunde des Verstorbenen haben das respektiert, aber uns dafür revanchiert. In dem Augenblicke, als der Pfarrer an das Grab treten und (nach dem Gesange) anfangen wollte zu predigen, verließen fast sämtliche Personen des Trauergefolges, an 100, demonstrativ die Grabstätte, den Herrn Pfarrer mit den nächsten Verwandten des Verstorbenen allein lassend. Soweit wir darauf Einfluß haben, werden wir dahin trachten, daß in allen ähnlichen Fällen ebenso gehandelt wird.

Wir können dieses Verhalten der Arbeiter nur billigen. Solange es noch Arbeiter gibt, die ohne geistlichen Beistand nicht glauben sterben zu können, solange muß es freien denkenden Arbeitern erlaubt sein, gegen die Zensur der Geistlichen öffentlich bemerkbar zu demonstrieren.

* **Die freie Religionsgemeinde in Breslau** veröffentlicht soeben ihren Jahresbericht für 1907. Das abgeschlossene Geschäftsjahr brachte der Gemeinde erfreulicherweise wieder eine beträchtliche Mitgliederzunahme. Die Zahl der vollberechtigten Mitglieder stieg von 708 auf 802. Dagegen ist die Zahl der Gönner, d. h. derjenigen beitragzahlenden Personen, die noch der Landeskirche angehören, von 67 auf 63 zurückgegangen. Insgesamt haben sich also die Beitragzahler von 775 auf 865 vermehrt. Die Zahl der Kinder, die den freireligiösen Unterricht besuchen, ist prozentual noch stärker gewachsen, so daß noch eine weitere Unterrichtsstunde eingelegt werden muß. Die nächste Aufgabe der Gemeinde wird es deshalb sein, ihren Prediger von den auswärtigen Gemeinden unabhängig zu machen, oder für den Unterricht eine Hilfskraft oder Vertretung zu beschaffen. Besucht wurde der Unterricht im letzten Jahre von rund 200 Kindern, die damit natürlich dem Religionsunterricht der Schule entzogen worden sind. Diese letztere Ziffer dürfte sicher auch im neuen Jahre noch in zahlreichen anderen Familien zur Nacheiferung anspornen. An der Jugendweihe am Palmsonntage (Konfirmation) nahmen 16 Kinder teil, 7 Knaben und 9 Mädchen. Die Bibliothek ist um 120 Bände vermehrt worden und während im Jahre 1906 nur 217 Bände ausgeliehen wurden, waren es im vorigen Jahre 329. Auch die Kassenverhältnisse haben sich im letzten Jahre gebessert.

Im übrigen erscheint uns der Verwaltungsapparat der Gemeinde noch immer als recht altväterlich-schwerfällig. An Aemtern und Würden ist auch im neuen Jahre kein Mangel, denn noch immer gibt es ein Aeltestenkollegium (29 Mitglieder), eine Gemeindeverwaltung (7 Mitglieder), eine Hauskommission (3 Mitglieder), eine Revisionskommission (5 Mitglieder), eine Bibliothekskommission (5 Mitglieder), eine Festkommission (6 Mitglieder), eine Armenkommission (5 Mitglieder), eine Friedhofskommission (5 Mitglieder) und eine Zeitungskommission (5 Mitglieder) insgesamt also 79 unbesoldete Ehrenämter!

* **Die Stadtverordneten-Versammlung** wird am kommenden Donnerstag die Generaldebatte über den Etat fortsetzen und voraussichtlich zu Ende führen. In die Rednerliste eingezeichnet sind die Stadtverordneten Dr. Reich, Stein, Löbe und Dr. Töplitz, zu welcher sich aller Voraussicht nach einige Magistratskommissare gesellen dürften.

Unter den acht neuen Vorlagen finden sich nur wenige von weitgehendem Interesse. Angenehm ist davon die Zustimmungserklärung zu einer Stiftung von 30,000 Mark, welche die verw. Frau Rittergutsbesitzer Emilie Volkmann für lungenkranke Arme hergeben will. Daß die Armen gerade christlich und verschämt sein müssen, ist allerdings eine höchst überflüssige Bestimmung.

600 Mark soll den Volksschul-Lehrerinnen für die General-Versammlung ihres Landsvereins, die Pfingsten in Breslau stattfindet, zugewendet werden.

Der zwischen der Michaelis-, Waisenhaus-, Förster-, Pestalozzi-, Oelsner- und Weinstraße liegende große Baublock, der zur Zeit mit Fabrikgebäuden u. s. w. besetzt ist, soll der Bebauung erschlossen werden. Zunächst soll eine Straße durchgelegt werden. Die projektierte Querstraße (wischen Michaelis- und Pestalozzistraße) soll eine Breite von 18 Meter erhalten. Bemerkt wird noch, daß durch die Bebauung des in Rede stehenden Geländes die im Verkehrsinteresse wünschenswerte Verbindung zwischen Kreuzburger- und Waisenhausstraße geschaffen wird. Der Magistrat sucht um Genehmigung der neuen Fluchtlinie.

Außerdem steht noch eine lange Reihe von alten Vorlagen zur Beratung.

* **Der Ehrenbürgerbrief**, den die städtischen Körperschaften dem am 1. April aus dem Amte scheidenden Bürgermeister Muehl ausgestellt haben, hat folgenden Wortlaut:

Wir zum Magistrat der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Breslau verordnete Oberbürgermeister und Stadträte verleihen hierdurch unter Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung kraft der nach § 6 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 uns zustehenden Befugnis dem Bürgermeister Herrn Otto Muehl, der, nach langjähriger erfolgreicher Tätigkeit als Richter im Jahre 1886 zum besoldeten Stadtrat hiesiger Stadt berufen, ihr in diesem Amte und vom Jahre 1904 an als Bürgermeister mit vorbildlicher Hingebung und Treue gedient hat, der mit unermüdlicher Arbeitskraft und Arbeitslust sein ganzes Können und Wissen, seine ganze starke Persönlichkeit ohne Schonung für sich dem öffentlichen Wohle in Staat und Gemeinde gewidmet hat, der mit weitem Blicke für die großen Aufgaben der Zeit die peinlichste Gewissenhaftigkeit im Dienste des Alltags verbindend, auf sämtlichen Gebieten der städtischen Verwaltung die Spuren seines Wirkens hinterlassen hat, der das Muster eines preußischen Beamten, mit vollem Recht von sich sagen durfte „patriae inserviendo consumor", den wir als Mann von aufrechter und vornehmer Gesinnung, als Führer und Mitarbeiter von freudiger Hilfsbereitschaft, als Freund von nie versagender Treue lieben und verehren, bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste unserer Stadt das Ehrenbürgerrecht. Urkundlich ausgefertigt unter unsrer Unterschrift und mit unserm großen Ratssiegel.

Breslau, den 22. November 1907.

Der Magistrat hiesiger Königlichen Haupt- und Residenzstadt.
Die Stadtverordneten-Versammlung.

Die Formulierung dieser Ehrenbürgerdiplome liegt in den Händen des Magistrats, die Stadtverordnetenversammlung beschließt nur prinzipiell, ob das Prädikat verliehen werden soll oder nicht, und zwar in geheimer Sitzung.

* **Die Entwickelung der Breslauer Handwerkerschule** ist in den letzten Wochen im Anschluß an eine pessimistische Bemerkung des Etatsreferenten Oettinger, der wir am folgenden Tage sofort entgegentraten, Gegenstand von Auseinandersetzungen gewesen, in die auch der Direktor der Schule, Herr Heyer, eingriff. Er sandte den bürgerlichen Blättern eine Zuschrift, die an Herrn Oettingers Behauptung anknüpfte, nach welcher die Gesamtschülerzahl der Handwerkerschule in ihrem gegenwärtigen Besuche hinter der im Voretat angenommenen Zahl von 710 um 120 (25 Prozent der Tages-, 8 Prozent der Abendschüler und 25 Prozent der Lehrlinge) zurückgeblieben sein sollte. Dazu sagt Herr Heyer jetzt auch im Gemeindeblatt:

„Diese Bemerkung hat in vielen Kreisen der hiesigen Einwohnerschaft und auch bei vielen Mitgliedern des Stadtverordnetenkollegiums die irrige Meinung von einem Zurückgehen des Besuches der Handwerkerschule hervorgerufen. Letzteres ist jedoch nicht der Fall. Die im Voretat angenommene Schülerzahl ist allerdings und zwar aus dem einfachen Grunde nicht erreicht worden, weil die Einrichtung von zwei neuen Fachklassen für Buch- und Feinmetallgewerbe besonderer Umstände halber nicht durchgeführt werden konnte. Wäre die Einrichtung dieser Klassen nicht unterblieben, dann würde die im Voretat angenommene Schülerzahl voraussichtlich nicht nur erreicht, sondern sogar überschritten worden sein. Dem Ausfall dieser Klassen stehen naturgemäß Ersparnisse gegenüber, weil die für diese Klassen etatisierten Mittel nicht verausgabt wurden.

Die Frequenz der Tagesklassen ist gegen das Vorjahr um 12 Prozent gestiegen. In der Abendschule ist die Frequenz seitens der Gesellen die gleiche geblieben und nur die Frequenz seitens der Lehrlinge ist infolge des weiteren Ausbaues unserer gewerblichen Fortbildungsschule um 12 Prozent gefallen.

Von einem Zurückgehen der Frequenzen der Handwerkerschule kann aber keine Rede sein. Diese Anstalt befindet sich vielmehr, was mit großer Befriedigung für unsere werktätige Bevölkerung festgestellt werden soll, in erfreulicher Entwickelung. Diese Entwickelung wird aber sehr wesentlich durch die überaus schlechten Raumverhältnisse gehemmt, die ferner den hauptsächlichsten Grund der unverhältnismäßig hohen Betriebskosten für den einzelnen Schüler bilden.

Die letzten Räume der Anstalt sind ehemalige Fabrik- und Warenniederlageräume. Für Unterrichtszwecke sind sie nur wenig brauchbar. Ein geordneter Schulbetrieb ist in ihnen unmöglich. Insbesondere fehlt ihnen Licht und Luft und in weiterer sanitärer Hinsicht so ziemlich alles, was eine Schule zu fordern berechtigt ist, so daß durch den längeren Aufenthalt in ihnen die Gesundheit von Lehrern und Schülern geradezu gefährdet erscheint. Schon aus letzterem Grunde müßte alles aufgeboten werden, um den seit Errichtung der Anstalt geplanten Neubau baldigst in Angriff zu nehmen.

Die Handwerkerschule gehört wie jede andere Unterrichtsanstalt an die Straße und nicht in einen verborgenen schmutzigen Winkel, wo sie niemand sucht und von vielen überhaupt nicht gefunden wird. Nur durch die versteckte Lage der Schule läßt es sich erklären, daß viele hiesige Handwerker von dem Vorhandensein dieser Schule, obgleich sie bereits 8 Jahre bestehe, heute noch keine Ahnung haben. So lange aber für eine zweckentsprechende Unterbringung dieser Anstalt nicht gesorgt ist, darf eine der wirtschaftlichen Bedeutung unserer Stadt entsprechende Entwickelung des Fachschulwesens nicht erwartet werden.

Es wäre daher recht bedauerlich, wenn die erzeugte irrige Meinung von dem Zurückgehen der Handwerkerschule soviel Kraft besäße, um die Entwickelung aufzuhalten, insbesondere wenn man bedenkt, daß andere Städte sich die Entwickelung ihres Fachschulwesens angelegen sein lassen und, für den Kopf der Einwohnerzahl gerechnet, ganz wesentlich höhere Opfer als wir bringen."

Wie gesagt, was an uns lag, haben wir immer getan, um solchen irrigen Meinungen über die Handwerkerschule entgegenzutreten. Wie deshalb Herr Direktor Heyer dazu kam, gerade uns mit seiner Zuschrift zu übergehen, ist nicht recht erfindlich. Sollte ihm an der Mitwirkung der Arbeiterschaft nichts mehr liegen?

Zur Bewegung der Breslauer Zimmerer. Am vergangenen Dienstag fand im Gewerkschaftshause eine Zimmerer-Versammlung statt, die sich mit den vom Vorstande ausgearbeiteten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu befassen hatte. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hatte folgendes Schreiben gesandt:

„Auf Ihr Schreiben vom 6. d. M. erwidern wir Ihnen, daß wir bereit sind, noch bis zum 14. d. M. mit dem Abschluß des Tarifvertrages uns zu gedulden; sollten die Verhandlungen bis dahin zu keinem Abschluß gelangen, so betrachten wir sie als gescheitert."

Tragödie eines Hilfspredigers. Unaufgeklärt ist der Tod des Hilfspredigers Georg Mond, der seit dem Neujahrsmorgen vermißt und Freitag aus dem Berliner Landwehrkanal gezogen wurde. Mond war 30 Jahre alt. Ob er den Tod im Wasser gesucht hat oder verunglückt ist, läßt sich mit Sicherheit nicht feststellen.

Wahnsinnstat eines Vaters. Auf der Bahnfahrt von Miskolcz nach Budapest warf der Kaufmann Ilnitzky sein fünfjähriges Söhnchen aus dem Coupefenster auf die Bahngleise, wo es schwerverletzt liegen blieb. Wie Mitreisende aussagen, war der Mann in Wut geraten, weil das Kind, das er versteckt hatte, um das Fahrgeld zu sparen, gerade in dem Augenblick aus seinem Versteck hervorkam, als der Kontrolleur das Coupee betrat. Ilnitzky wurde sofort verhaftet.

Kleine Chronik. In einer Gubener Hutfabrik verunglückte der 17jährige Arbeitsbursche Seifert, indem er von einer Triebwelle erfaßt und über die Welle geschleudert wurde. Schwerverletzt wurde der Verunglückte in das Naemi Wilke-Krankenhaus übergeführt und ist dort seinen Verletzungen erlegen. — In Waidhofen-Thaya (Oesterreich) hat der Schlosser Zinnel in einem Tobsuchtsanfalle seine Frau und sein Töchterchen bestialisch ermordet. Als er vor zwei Jahren sein Haus anzündete, war er in eine Irrenanstalt gebracht worden. Kürzlich war er aus derselben als gänzlich geheilt entlassen worden. Nach wenigen Tagen wurde er wieder tobsüchtig. Er hat sich am Sonnabend nun selber der Gendarmerie gestellt. — In der Nähe von Paris griffen neun Männer einen Bahnbeamten an, welcher die Signale zu stellen hatte. Die Angreifer hatten bereits die Schienenschrauben gelockert, in der Absicht, den nach Cherbourg fahrenden Zug zur Entgleisung zu bringen. Es gelang glücklicherweise dem Beamten, sich zu befreien. Er konnte ein Signal geben, welches von dem Maschinisten des herannahenden Zuges bemerkt wurde. Die Uebeltäter ergriffen hierauf die Flucht. — Die Gläubiger des verhafteten Bankdirektors W. Morse aus New York haben die Ermächtigung erlangt, den Nachweis anzutreten, daß Morse den Zusammenbruch seiner Bank, als die Börsenpanik herannahte, voraussah und damals zwei Millionen Dollars bei Berliner Banken hinterlegt habe. Sie stellen den Antrag, Schritte tun zu dürfen, um die Beschlagnahme dieser Depots zugunsten der Gläubiger zu erlangen. — Der Schatzmeister Snow von der New York and New-Jersey Telephone Company in New York ist verschwunden; die von ihm verübten Defraudationen werden, soweit bis jetzt bekannt, auf 120.000 Dollars beziffert. Gegen Snow ist Haftbefehl erlassen worden. — Aus Portland wird berichtet: Der amerikanische Dampfer „Emily Road" ist in der vergangenen Nacht gesunken. Zehn Mann der Besatzung ertranken, sechs konnten gerettet werden.

Der Vorsitzende ersuchte die Mitglieder, den vom Vorstande ausgearbeiteten Tarif nur durchzuberaten, die eventuellen Abstimmungen aber erst in den vier Bezirksversammlungen vorzunehmen, da es ja doch nicht möglich sei, den Tarif bis zum 1. d. M. mit dem Bunde abzuschließen. In der Diskussion führte der Vertreter des Zentralvorstandes aus: Das Unternehmertum zwingt uns, uns mit einem Lohn- und Arbeitstarif zu beschäftigen. Laut Beschluß des deutschen Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe sollen sämtliche Tarife in ganz Deutschland bis zum 15. d. M. abgeschlossen sein. In keinem einzigen Falle ist dies aber dem Bunde gelungen. Auch hier in Breslau ist es ebenfalls nicht möglich gewesen, den Tarif abzuschließen. Mit dem bekannten „Mustertarif" haben die Arbeitgeber bis jetzt noch wenig Glück gehabt. Auch das letzte Schreiben des Bundes soll uns nicht vor den Kopf stoßen, es wird ja doch nicht so heiß gegessen, wie's gekocht wird. Redner ersucht noch die Anwesenden, den Vorschlag des Vorstandes anzunehmen, da dadurch allen Kameraden Rechnung getragen werde.

Ueber das letzte Schreiben des Bundes entspann sich eine lebhafte Debatte. Sämtliche Redner verurteilten das Verhalten des Bundes. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Im Verschiedenen wurde bekannt gegeben, daß der frühere Kassierer Scheetz aus Oswitz, welcher 30 Mark und etliche Pfennige Verbandsgelder unterschlagen hat, dafür 6 Monate Gefängnis bekommen hat.

* **Aus den Kreisen sangeslustiger Parteigenossen** wird uns mit der Bitte um Veröffentlichung folgendes geschrieben: Auf vielseitigen Wunsch einiger Frauen und Mädchen (Damen) hat der Ausschuß der hiesigen freien Sänger des Schles. Arbeiter-Sängerbundes, Ortsgruppe Breslau, beschlossen, einen Frauen-Gesangverein zu gründen. In Breslau sind eine große Anzahl von jungen Mädchen und Frauen, welche dem Gesang huldigen; es wird daher auch nicht schwer sein, das Fundament zu legen und nach jeder Richtung unsere Bestrebungen zu fördern. Sonntag, den 8. März, Nachmittags 3 Uhr, findet im Restaurant „Zwei Polacken" Schmiedebrücke Nr. 44, eine Zusammenkunft der Interessenten statt. Anmeldungen von sangesfreudigen Genossinnen nimmt Jos. Lozar, Gabitzstraße 51, schon jetzt entgegen.

* **Verkaufte Breslauer Grundstücke.** Die alte Kretschmerei und Brauerei „Zur schwarzen Krähe" am Neumarkt Nr. 33 — Messergasse 4, ist von dem Eigentümer, Brauereibesitzer F. Geißler, auf den früheren Mitbesitzer der Nußbaumbrauerei, Rentier Hermann Zeisig, für 245,000 M. verkauft worden. Herr Zeisig übernimmt das Geschäft zum Selbstbetrieb bereits in nächster Zeit.

Das früher Rosalskische Warenhausgrundstück Nikolaistr. 16/17 ist zusammen mit dem Hause Hohenzollernstraße 37/39 von dem Eigentümer, Fabrikbesitzer H. Hunger, an die Direktoren Gensen und Danners verkauft worden.

Der „Neußenhof", das neuerbaute Geschäftshaus Neuschestraße Nr. 11/12, ist von den Eigentümern, den Kaufleuten Warschauer und Markowitz hier, an den Baumeister Ernst in Glatz verkauft worden.

* **Die Verbesserung der Frauenkleidung** ist ein Problem, dessen Lösungsversuche auch die Leserinnen unseres Blattes interessieren wird. In Breslau besteht bereits ein von bürgerlichen Frauen gegründeter Verein für Verbesserung der Frauenkleidung, der für Donnerstag, den 20. Februar, Abends 8 Uhr in der Aula des Elisabethanum-Gymnasiums einen Vortrag von Fräulein Gunda Meyer-Berlin über „Pariser Mode und verbesserte Kleidung" mit Vorführungen von Modellen veranstaltet. Nach dem Vortrag Diskussion. Der Eintritt ist frei. — Vom 19. bis 23. März veranstaltet der Verein im Schlesischen Museum für Kunstgewerbe und Altertümer eine Ausstellung verbesserter Frauenkleidung. Um dem oft erhobenen Vorwurf zu begegnen, daß Reformkleider stets teurer sind als Korsettkleider, schreibt der Verein einen Wettbewerb für praktische Straßenkleider aus, die den Preis von 50 Mk. (das ist so der durchschnittliche Preis für die Kleider bürgerlicher Damen) nicht übersteigen dürfen. Die Kleider sollen für den Winter oder Sommer bestimmt sein. Die Beteiligung an diesem Wettbewerb steht nur Geschäften, Schneiderinnen und Privatleuten offen. Außer Wettbewerb gelangen teurere Kleider besserer Art, Unterkleidung, Stickereien, Kleiderschmuck usw. zur Ausstellung. Prospekte, sowie Auskünfte jeder Art durch die Vorsitzende, Frau Olga Handel, Klosterstraße 30/32.

* **In den von dem Berliner Bankhaus Friedberg Getroffenen** arbeit auch eine ältere Dame aus Breslau. Am Freitag erschien diese selbst in dem jetzt nur von Kriminalschutzleuten bewachten Bureau und gab an, daß sie ihr ganzes Vermögen, über 30,000 Mark, dem Bankier Friedberg anvertraut habe. — Viel wird sie wohl nicht wiederbekommen.

* **Unglücksfälle.** In das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder wurden eingeliefert als schwer verletzt: Ein hiesiger Arbeiter, der Brunken gefallen und eine schwere Blutung bekam, ein Arbeiter aus Pilsnitz, der sich mit der Axt in den Fuß gehackt hatte; ein Maurer aus Ober-Stephansdorf, der sich die Hände erfroren hatte; ein Arbeiter aus Kronendorf, der überfahren ward, wobei er das linke Bein brach; ein Heizer aus Brockau, der auf einer Maschine stehend, von einer anderen gepufft ward und Quetschungen des Kopfes und der Brust erlitt; ein Arbeiter aus Kaltwasser, der überfahren ward, wobei ihm der linke Arm fast abgequetscht ward, außerdem erlitt er Quetschungen beider Beine; ein Bäckergeselle von hier, der sich flüssige, heiße Butter auf den Fuß gegossen; ein Arbeiter aus Klettendorf, der hinfiel und mit dem Kopf aufschlug; ein Arbeiter von hier, der auf der Straße von einem anderen mit einem harten Gegenstand auf den Kopf geschlagen worden war; ein Arbeiter aus Hartlieb, der überfahren worden und den linken Fuß gebrochen hat.

* **Ein räuberischer Einbruch** ist in Breslau am Sonntag Abend in dem Hause Höfchenstraße 69 und Moritzstraße verübt worden. Die „Schlesische Zeitung" berichtet darüber: Eine dort im Hochparterre wohnende 73jährige Partikulière hatte am Sonntag ihren Pompadour verloren, in dem sich ihre Straßenbahnfahrkarte und mehrere Schlüssel befanden. Als die alte Dame am Sonntag Abend in der neunten Stunde in ihre Wohnung kam, fand sie dort Einbrecher bei der Arbeit vor. Das Dienstmädchen war noch nicht da, und ehe die Ueberraschte um Hilfe rufen konnte, wurde sie schon durch einen Schlag auf den Kopf bewußtlos niedergeworfen. Die Einbrecher plünderten dann die Wohnung und auch den Geldschrank. Es dauerte wohl eine halbe Stunde oder länger, bis die alte Dame, die einen starken Blutverlust erlitten hatte, aus der Betäubung erwachte und zum Fenster hinaus um Hilfe zu rufen vermochte. Nun gab es einen großen Menschenauflauf um das Haus herum; es kamen Polizeibeamte und durchsuchten das Haus, aber von Einbrechern war nichts mehr zu finden. Dem herbeigeholten Arzte, der dem durch den Schreck und den starken Blutverlust arg mitgenommenen Opfer des räuberischen Einbruchs Hilfe leistete, soll die Dame erklärt haben, sie hätte einen der Einbrecher erkannt. Diese hatten übrigens in der Wohnung den abhanden gekommenen Pompadour zurückgelassen, aber leer. Die darin verwahrten Schlüssel hatten den Dieben nicht nur ein leichtes Ausrauben verschiedener Behältnisse ermöglicht, sondern ihnen auch wieder andere Schlüssel, und darunter den zum Geldschrank, zugänglich gemacht. (Weiteres siehe im Hauptblatt.)

† **Vermißt** wird seit dem 13. d. M. das 22 Jahre alte Mädchen Elle Klapper, welches bei seiner Mutter Karolystraße Nr. 9 gewohnt hat.

† **Diebstähle.** Am 14. d. M. kam ein Mann in ein Papiergeschäft auf der Berwerkstraße und nahm mit schnellem Griff ein Portemonnaie mit 3,20 M. aus der Ladenkasse an sich. — Von einem Bierwagen wurden zwei Peitschen gestohlen. — Aus einem Hausflur wurde ein Mahagonistuhl gestohlen. — Am 13. d. Mts. wurde in einem Grundstück am Lehmdamm ein Geflügeldiebstahl verübt und aus diesem drei Paar Tauben gestohlen. — In der Nacht zum 14. d. M. stiegen Diebe in einem Haus auf der Gartenstraße vom Dach aus durch ein offenstehendes Fenster in das Kontor eines Gemüsegartens ein und entwendeten aus einem Schreibtisch 250 Mark. — In ein Zigarrengeschäft auf der Nikolaistraße wurde in der Nacht zum 15. d. M. ein Einbruch verübt und 18 Mark sowie eine Menge Postmarken gestohlen.

Aus Schlesien und Posen.

Zu Ehren der unbefleckten Gottesmutter.

Augenblicklich zirkulieren wieder in der Provinz Schlesien Briefe, Gesuche katholischer Priester und Kirchengemeinden, um Unterstützung zum Bau von Kirchen. Vor uns liegt ein Bittgesuch des katholischen Kirchenbau-Komitees aus Riesa in Sachsen, dem gleich eine unfrankierte Postanweisung beigefügt ist. Das Gesuch ist in denkbar kriecherischster Form gehalten. Es heißt zum Schluß:

Deshalb bitten die Katholiken von Riesa und Umgegend mit vollster Billigung ihres hochwürdigsten Herrn Bischofs alle die, welche im glücklichen Besitze eines ausreichenden Gotteshauses sind und dessen unerschöpfliche Gnaden und Segnungen genießen:

„Helfet auch uns ein Gotteshaus bauen, helfet uns in der Diaspora unsterbliche Seelen ihrem hl. Glauben bewahren, indem Ihr uns ein Scherflein spendet."

Obwohl für die Wohltäter täglich in der hl. Messe gebetet und auch bereits jährlich zweimal das hl. Meßopfer dargebracht wird, so hat das Kath. Kirchenbau-Komitee, um für die Förderer des Kirchenbaues seine und der Gemeinde Dankbarkeit noch mehr zu betätigen, noch ein Jahresamt gestiftet.

Christlicher Mitbruder! Christliche Mitschwester! O hilf uns, daß wir bald eine Kirche zu Ehren der unbefleckten Gottesmutter errichten können.

Der Bischof Dr. Moys Schaefer in Dresden hat in der Tat seine Zustimmung zu diesem Bittgesuch gegeben. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wollen wir betonen, daß uns unser Programm verbietet die religiöse Gesinnung der Mitmenschen zu bekämpfen. Wir achten und ehren diese Gefühle. Das kann uns aber nicht hindern, diese Art der vom Kirchenbau-Komitee erlassenen „Bitte" als unzulässig zu bezeichnen. Von unseren Anhängern sind wir sicher, daß sie auf derartige Bittgesuche nicht reinfallen werden. Die Kirche hat längst die Wege verlassen, auf denen die Kulturmenschheit ihr folgen könnte. Wir stellen der Oeffentlichkeit die Frage zur Beantwortung anheim, ob es nicht ein reines Geldgeschäft ist, wenn für die „wohltätigen" Spender in der hl. Messe gebetet wird und, um recht viel Geld einzubekommen, ein Jahresamt gestiftet werden soll? Was bleibt da den Armen?

Liegnitz, 15. Februar. Mehr Schutz den Bauarbeitern. Vom Vorsitzenden der hiesigen Bauarbeiterschutzkommission wird uns geschrieben: Die für Liegnitz im Jahre 1907 erlassene Baupolizei-Verordnung scheint doch nicht so durchgeführt zu werden, wie es notwendig ist. Im § 10 Absatz 3 heißt es, daß das Aufstellen offener Kokskörbe zum Austrocknen von Räumen, so lange in ihnen gearbeitet wird, unzulässig ist. Hierzu ein Beispiel: In der Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche (Neubau) brennen seit Wochen im Innern drei auch bis fünf Kokskörbe den ganzen Tag, trotzdem Maurer, Zimmerer, Monteure und Arbeiter darin beschäftigt sind, und keine Sicherheitsvorkehrungen für direkten Abzug der giftigen Gase geschaffen sind. Der Bau steht auch unter Aufsicht eines königlichen Baurates, der das Aufstellen der Kokskörbe schon einmal verboten haben soll. Was nützt nun eine solche Fürsorge-Einrichtung, wenn sie doch bloß auf dem Papier steht. Macht der Arbeiter von dem zustehenden Recht Gebrauch und verlangt Beseitigung der Kokskörbe oder macht gar Meldung bei der Polizei-Verwaltung, so wird er einfach vom Arbeitgeber an die frische Luft gesetzt. Wir meinen aber, wenn schon einmal Bestimmungen zum Schutze für Leben und Gesundheit der Arbeiter herausgegeben werden, dann wäre es auch Pflicht der Behörde, dafür zu sorgen, daß diesen Bestimmungen der nötige Respekt seitens der Unternehmer verliehen würde. Ebenfalls Pflicht der Behörde wäre es, Neubauten während des inneren Ausputzes im Winter durch sachverständige Polizeibeamte kontrollieren zu lassen.

Bauarbeiter von Liegnitz, meldet alle, auch die kleinsten Unfälle und Uebertretungen der Bau-Polizei-Verordnung der am Ort bestehenden Bauarbeiter-Schutzkommission.

Sagan, 14. Febr. Schön ist ein Zylinderhut... Eine tragikomische Szene spielte sich auf dem Bahnhofe ab, woselbst ein elegant gekleideter Herr, den Zylinder auf dem Kopfe, die Einfahrt des Zuges erwartete, mit welchem er die Reise von hier antreten wollte. Der Zug lief ein, und währenddessen jagte ein Windstoß dem Herrn den feinen Chapeau claque vom Kopf auf den Perron und von hier auf die Gleise, über welche soeben der Train rollte. Der Hut war dahin und neben dem Verlust hatte der Reisende auch noch den Spott mancher schadenfroher Fahrgäste zu ertragen.

Grünberg, 15. Februar. Ihr habt die Macht in Händen, wenn Ihr nur einig seid! An der Nordgrenze Schlesiens, dicht an Brandenburg, liegt das Städtchen Grünberg; weit bekannt im Reiche als die Heimat des sauersten Weines. Hier war es, wo der Gemeindearbeiter-Verband Ende des verflossenen Jahres Boden faßte. Es kommt dort nur im wesentlichen das Gaswerk in Frage, städtische Betriebe gibt es dort nicht, oder sie sind winzig klein und für uns bedeutungslos. Das Gaswerk gehört der Neuen Berliner Gas-Aktien-Gesellschaft, die überhaupt in Schlesien viel vertreten ist. Dort also faßten wir Boden und in kurzer Zeit gelang es unserem Gauleiter Mehrlein, von den 23 vorhandenen Arbeitern 16 zu organisieren. Der Rest setzt sich aus alten Leuten, zwei bei den Maurern Organisierten und ein paar ängstlichen Indifferenten zusammen.

Aber es steckt Leben in unseren dortigen Kollegen. Einer für alle und alle für einen war und ist ihre Losung, und so sehen wir, daß alle einmütig im Januar eine Eingabe an die Verwaltung des Grünberger Gaswerkes und die Berliner Generaldirektion unterzeichneten, in der um Lohnerhöhung, regelmäßige Alterszulagen und wöchentliche Lohnzahlung (statt der bisher ½monatlichen) ersucht wurde.

Die Verwaltung war erstaunt über das Erwachen ihrer Arbeiter. Zuerst zögerte sie noch etwas, als aber sogar die Kollegen, ungeachtet ihrer jungen Verbandszugehörigkeit, mit ernsteren Maßnahmen drohten, kapitulierte sie vor der Einmütigkeit. Der Direktor des Grünberger Gaswerkes ließ sich sogar in Verhandlungen mit unserem Gauleiter Mehrlein ein und bestätigte das Wesentliche. Zunächst Lohnzulagen von 10—50 Pfg. pro Tag je nach der Dienstzeit und der Beschäftigungsart. So erhielten ein Ofenhausarbeiter 50 Pfg. Zulage pro Tag, einer 30 Pfg., zwei 40 Pfg., einer 20 Pfg., und fünf je 10 Pfg. Die Handwerker bekamen einer 30 Pfg., zwei 20 Pfg. und drei je 10 Pfg. pro Tag. Die Hofarbeiter empfingen einer 20 Pfg., einer 15 Pfg. und drei je 10 Pfg. pro Tag. Und schließlich erhöhte man die beiden ältesten Leute — Laternenwärter — um 20 und 10 Pfg. pro Tag. Die Löhne, welche also bisher bei den Arbeitern sich in der Höhe von 26—32 Pfennige pro Stunde gehalten hatten, sind erhöht auf 30—35 Pfennige. Bei den Handwerkern betrugen die Löhne 31—37 Pfennige pro Stunde und sind erhöht auf 32—40 Pfg.

Außerdem wurden Alterszulagen eingeführt und schließlich Weihnachtsgratifikationen. Nach einjähriger Dienstzeit 30 Mark, nach zwei Jahren 50 Mark, und nach drei und mehr Jahren je 75 Mark. Auch die wöchentliche Lohnzahlung wurde gewährt.

Alles in allem ein ganz netter Erfolg in so kurzer Zeit. Die Lohnzulage beträgt im ganzen demnach 26.65 Mark pro Woche mehr wie bisher! Freilich kann man über die Motive der Weihnachtsgratifikationen geteilter Meinung sein und unsere Grünberger Kollegen sind es auch selber. Sie erstreben daher die Umwandlung dieser Zuwendungen in geregelte, sofort zu zahlende Lohnzulagen. Dennoch aber sind auch sie der Meinung, daß wir uns mit dem Errungenen sehen lassen können.

Für uns alle aber ist auch diese kleine Bewegung wieder ein Beweis, was Einmütigkeit und Geschlossenheit vermag. — Ahmen wir es im übrigen Reiche nach und wir werden zum Ziele kommen. Denn immer wahr bleibt das alte Wort: Wir haben die Macht in Händen, wenn wir nur einig sind!

Bolkenhain, 13. Februar. Die Macht der Uniform! Aus einer kleinen Ortschaft im Kreise Bolkenhain wird dem „Jauerschen Stadtbl." eine heitere Episode mitgeteilt, zu der der berühmte „Hauptmann von Köpenick" das Muster geliefert hat. Bei einer Gesangs- und Theaterübung verfiel ein Teilnehmer auf die Idee, sich einen Helm aufzusetzen und den Nachtwächter zu travestieren. Er fand ihn in seiner Wohnung und stellte ihn ob seiner Pflichtvergessenheit in barschem Tone zur Rede. Der arg betroffene Nachtrat entschuldigte sich schlotternd und stotternd mit den Worten: „Herr Wachmeester, sein Se ock nie bise und zeiga Se mich ock nee on, ich mußte heem giehn, de Notdurft verrichta; Se sahn ju, ich ho die Hose ns ei a Hända." Dabei kam er aber aus seiner Wohnstube, wo er sich wohl sicher fühlte.

Lauban, 17. Februar. Arbeiters Schicksal. Ueber den schon kurz gemeldeten Unglücksfall an der Queistalsperre wird der „Schlesischen Zeitung" noch mitgeteilt: Seit mehreren Wochen ist man mit den Aussprengungsarbeiten für einen neuen dritten Umlaufstollen auf der Beerberger Queisseite beschäftigt. Am Sonnabend Morgen gegen 9 Uhr ging vorzeitig ein Sprengschuß los; dabei wurden die im Stollen beschäftigten Arbeiter von den umherfliegenden Gesteinsmassen schrecklich verletzt. Ein Arbeiter blieb sofort tot, während zwei andere nach kurzer Zeit starben; weitere zwei Arbeiter wurden schwer verletzt nach Lauban übergeführt. Von den 8 Toten ist einer ein Einheimischer, während die beiden anderen Italiener sind. Von der Talsperrenleitung wurde die Untersuchung eingeleitet.

Glatz, 17. Februar. Wenn Kinder spielen. Im benachbarten Rengersdorf zündeten vier Kinder im Alter von 2, 4, 6 und 8 Jahren des Arbeiters Peizer in Abwesenheit der Eltern das Bettstroh an. Drei Kinder sind infolge der heftigen Rauchentwickelung erstickt, während das vierte im letzten Augenblick gerettet werden konnte, aber schwer erkrankt darniederliegt.

Beuthen OS., 14. Februar. Beuthen bekommt eine elektrische Straßenbahn. Von der Stadt Beuthen OS. wird der Bau einer elektrischen Straßenbahn von Beuthen nach Mirchowitz beabsichtigt. Die Kosten hierfür in Höhe von 1,245,000 Mark hat der Magistrat der Stadt Beuthen bereits bewilligt und das von dem Direktor der Breslauer Städtischen Straßenbahn, O. Lämmerhirt, ausgearbeitete Projekt der Stadtverordneten-Versammlung zur Annahme empfohlen.

Kleine provinzielle Nachrichten.

In **Sagan** entstand in dem Lagerkeller der Fr. Hoffmannschen Destillation hierselbst eine Explosion. In dem Keller war der Hausbäcker Mauschke mit dem Einbringen von gekochtem Zucker in ein Faß beschäftigt. Hierbei explodierte dasselbe. Der Hausbäcker dürfte diese Explosion dadurch herbeigeführt haben, daß er mit einem brennenden Streichholz nachsehend, ob das Faß gefüllt sei, der Oeffnung zu nahe kam und dadurch Gase entzündete, die sich in dem Fasse gebildet hatten. Der Hausbäcker erlitt an der rechten Gesichtshälfte nicht unbeträchtliche Brandwunden, ein Auge wurde verletzt. Der Verletzte wurde in einer Droschke nach dem Krankenhaus gebracht. — In **Antonienhof** bei Michalkowitz ist ein tollwutkranker Hund getötet worden. Menschen wurden nicht gebissen. Im Umkreise von 4 Kilometer wurde die Hundesperre verhängt. — Das an Pocken erkrankte Kind des Häuers Maliska in **Scharley** bei Beuthen ist gestern im Kreiskrankenhause in Scharley gestorben.

Aus den Gerichtssälen.

Wegen der Steuern.

Der Schmiedemeister Karl Mischke aus Kawallen, ein alter Kriegsveteran, ist sein Leben lang ein ehrlicher Mann gewesen. Trotzdem hat er nun auf seine alten Tage noch mit der Anklagebank Bekanntschaft machen müssen. Schwere Urkundenfälschung war ihm zur Last gelegt. Im vorigen Jahre fühlte er sich zu hoch zur Steuer veranlagt und er reklamierte hiergegen. Aus dem Jahre 1900 besaß er noch eine Dachdeckerrechnung über 100 Mark, und um in der Steuer eine Stufe herabgesetzt zu werden, änderte er die 1900 in 1906 um und fügte die Rechnung der Reklamation als Beweismaterial bei. Die Fälschung war aber sehr ungeschickt ausgeführt und wurde sofort bemerkt. Die Breslauer Strafkammer hat jetzt den alten Schmiedemeister zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Das schamige Pappschächtelchen.

An die Zeiten der Lex Heinze erinnert eine vor der Strafkammer in Halle stattgehabte Verhandlung gegen den Bandagisten Helbig, der wegen Erregung öffentlichen Aergernisses angeklagt war. Eines Tages lief ein junger Kommissar, der sich auf der Jagd nach Nuditäten schon mehrfach hervorgetan hat, an Helbigs Schaufenster vorbei und sah darin ein Pappkästchen liegen, in dem er irgend etwas Unsittliches vermutete. Der Inhalt lag nicht frei aus; es befanden sich in dem Kästchen aber Präservatifs, so hatte ein Kollege dem Kommissar mitgeteilt. Der Staatsanwalt beantragte Helbigs Freisprechung und der Verteidiger bezog sich auf die Entscheidungen des Reichsgerichts, nach denen eine Verurteilung unmöglich erscheine. Der normale Mensch könne durch ein Pappkästchen, in dem er irgend etwas vermute, unmöglich geschlechtlich angereizt werden. Charakteristisch sei, daß der Kommissar den Inhalt der Schächtelchen gar nicht bestimmt gekannt habe. Das Gericht verurteilte Helbig aber zu 20 Mark Geldstrafe, da aus der öffentlichen Anpreisung der Mittel der Tatbestand des Erregens öffentlichen Aergernisses bejaht